

LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 4 · 41. Jahrgang · 14. Wahlperiode · 31.3.2010

Demokratie

Am 9. Mai 2010 ist Landtagswahl: Das Volk, der Souverän, wählt für fünf Jahre eine neue Vertretung. Anlass für eine Betrachtung von Aufgaben und Arbeitsweise des Landesparlaments.

S. 3-7

Konzepte

Über Maßnahmen gegen Kinderarmut diskutierte der Landtag anlässlich einer Unterrichtung der Landesregierung. Die Fraktionen äußerten im Plenum Lob, aber auch Kritik an Vorschlägen.

S. 11

Kreditaufnahme

Das Ziel einer „Schuldenbremse“: Haushaltsausgleich ohne Kreditaufnahme. Die von der Regierung vorgelegte Verfassungsänderung hat die Opposition nicht mitgetragen. Man stritt über die Gründe.

S. 14

Konkurrenz

Stadtwerke und der freie Wettbewerb: Damit diese auch außerhalb des eigenen Versorgungsgebiets Strom liefern dürfen, forderten Experten in einer Anhörung einen Wegfall bestehender Grenzen.

S. 17

Demokratie und Parlament: NRW vor der Landtagswahl



Herrschaft des Volkes

In rund sechs Wochen ist Landtagswahl. Grund genug, sich in dieser Ausgabe mit der Demokratie an sich, aber auch damit zu beschäftigen, welche Aufgaben der Landtag hat, wie er funktioniert und wie der Wahlakt geregelt ist. Dass die Abgeordneten der 14. Legislaturperiode mit ihrem Arbeitspensum guten Gewissens vor die Wählerinnen und Wähler treten können, zeigt ein Rückblick auf die Zahl der Sitzungen, Gesetze und Anträge.

Das Volk ist in unserem Staatswesen der Souverän, von ihm geht alle Macht aus. Demokratie, das ist die „Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk“, definierte einst Abraham Lincoln. Seit über 300 Jahren hat sich die parlamentarische Demokratie, die Macht- und Mandatsvergabe auf Zeit, als humanste Regierungsform bewährt. Die Bürgerinnen und Bürger geben für einen festgelegten Zeitraum einzelnen Kandidatinnen und Kandidaten ihre Stimme, lassen diese also in der Volksvertretung in ihrem Namen sprechen.

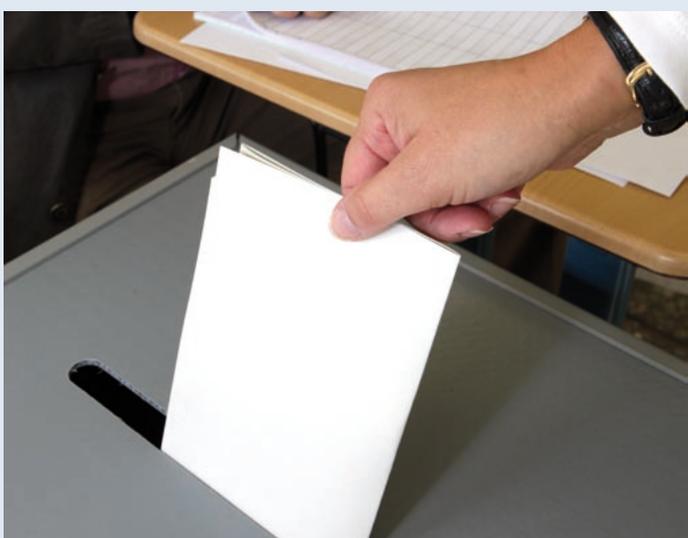
VERANTWORTUNG DES EINZELNEN

Dass der oder die Abgeordnete dabei keiner Weisung, sondern nur dem eigenen Gewissen unterworfen ist, wie es auch im deutschen Grund-

gesetz steht, ist in der parlamentarischen Demokratie logische Konsequenz, häufig genug aber auch Stein des Anstoßes. Eine Legislaturperiode, seien es vier, seien es fünf Jahre, ist eine lange Zeit. Mit der Wahl schenkt man den Gewählten auch das Vertrauen, dass sie sich allen Herausforderungen, die in dieser Zeit auf Land und Leute zukommen, nach bestem Wissen und Gewissen stellen. Dass die entsprechenden politischen Beschlüsse und die (veröffentlichte) Volksmeinung dann nicht immer übereinstimmen, gehört zur Realität.

Kritik in der Sache, auch an den handelnden Personen ist dabei in Ordnung, denn eigene Standpunkte sind erwünscht. Demokratie ist untrennbar mit Meinungsfreiheit verbunden. Bei aller Kritik muss aber auch die Gegenfrage erlaubt sein, ob man denn selbst bereit wäre, sich politisch zu engagieren, gegebenenfalls zu kandidieren und am Ende ein Mandat anzunehmen. Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, sondern braucht die Einmischung und das Engagement jedes Einzelnen. Eine hohe Wahlbeteiligung ist ihr bester Schutz. Eines ist gewiss: Eine Schwächung der Demokratie bedeutet immer auch eine Schwächung der eigenen Freiheitsrechte.

Demokratie basiert auf Vertrauen. Vertrauen auf die Fähigkeit eines gewählten Parlaments, dem Spiegelbild des Volkes, dessen Geschicke zu leiten. Wer könnte es besser? Gehen Sie wählen. CW



Schwerpunkt: Demokratie und Parlament

| | |
|---|------------|
| Aufruf zur Landtagswahl | 3 |
| Unser Land, unsere Wahl | 4 |
| Die Regeln der parlamentarischen Kunst | 5 |
| Schlag auf Schlag | 6-7 |

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die VVA Kommunikation GmbH · Abo- und Leserservice · Postfach 105153 · 40042 Düsseldorf · Sabrina Gebhard · Telefon: (0211) 7357-155 · Fax: (0211) 7357-891 · E-Mail: leserservice@vva.de

Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion

Inhalt

Aus dem Plenum:

| | |
|--|-----------|
| Gesundheit: Frühzeitige Hilfe notwendig | 8 |
| Transparenz: Strengere Regeln für Sponsoring gefordert | 9 |
| Bildung: Bekenntnis zur Bekenntnisschule | 10 |
| Parteien: Richtungsfragen | 10 |
| Soziales: Gleiche Chance trotz Armut | 11 |
| Schule: Bilanz zur Bildung | 12 |
| Verkehr: Tempolimit in Kommunen | 13 |
| Finanzen: Generationengerechtigkeit oder Täuschungsmanöver? | 14 |
| Atomenergie: Der Unfall und die Ursachen | 15 |

Aus den Ausschüssen:

| | |
|---|--------------|
| Meldungen | 16 |
| Kommunales: Mehr Möglichkeiten für Stadtwerke? | 17 |
| Medien: „Wir wollen Kinder im Fernsehen“ | 19 |
| Gesetzgebung | 16 |
| Aus den Fraktionen | 20-21 |
| Rückblick: Bürgernahes Parlament | 22 |
| Porträt: Helmut Stahl (CDU) | 23 |
| Impressum | 23 |
| Termine | 24 |



Aufruf zur Landtagswahl

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

am 9. Mai 2010 ist es wieder soweit: Sie haben die Wahl! Der Landtag Nordrhein-Westfalen wird neu gewählt. Mit Ihrem Kreuz bestimmen Sie, welche Abgeordnete in das Landesparlament einziehen. Sie entscheiden, von wem Sie in den kommenden fünf Jahren vertreten werden möchten, wer also nach Ihrem Willen Gesetze erlässt, die Regierung kontrolliert und den Landeshaushalt gestaltet. Von dieser Mitbestimmung lebt eine Demokratie, um die uns viele Menschen auf der Welt beneiden. Lassen Sie sich Ihr Recht darauf nicht nehmen!

In Nordrhein-Westfalen gibt es über 13 Millionen wahlberechtigte Menschen. Das entspricht fast einem Viertel der Wahlberechtigten in ganz Deutschland. Deshalb stehen Wahlen bei uns in NRW auch bundespolitisch ganz besonders

stark im Rampenlicht. Das zeigt: Jede einzelne Stimme hat Gewicht, auch über die Landesgrenze hinaus.

Trotzdem ist der Gang ins Wahllokal für viele Menschen leider keine Selbstverständlichkeit mehr. Die Gründe hierfür mögen vielfältig sein. Wir werben dafür, sie zu überwinden.

Verzichten Sie nicht auf Ihr Wahlrecht und damit auf die Möglichkeit der politischen Mitgestaltung. Denn selbst wenn Sie nicht wählen gehen, sind Sie zwangsläufig von den politischen Entscheidungen in unserem Land betroffen. Lassen Sie also nicht einfach andere für sich entscheiden, sondern entscheiden Sie selbst!

Bei der vergangenen Landtagswahl lag die Wahlbeteiligung bei 63 Prozent. Es wäre schön,

wenn wir das Ergebnis in diesem Jahr gemeinsam überbieten könnten und damit zeigen, dass uns die Zukunft von Nordrhein-Westfalen und die Demokratie in unserem Land am Herzen liegen. Außerdem gibt es in diesem Jahr eine Premiere: Erstmals haben Sie bei der Landtagswahl zwei Stimmen, eine direkt für einen Kandidaten oder eine Kandidatin und eine für eine Partei.

Deshalb bitten wir Sie: Egal, was Sie für den 9. Mai 2010 sonst schon geplant haben, machen Sie einen Zwischenstopp in Ihrem Wahllokal oder nutzen Sie die Möglichkeit zur Briefwahl. Stimmen Sie ab, damit stabile, regierungsfähige Mehrheiten im Landtag Nordrhein-Westfalen entstehen. Und damit die Aufgaben und Probleme, denen sich unser Land stellen muss, bewältigt werden können. Sie haben die Wahl!

Das Präsidium des Landtags Nordrhein-Westfalen



Fotos: Schälte

Unser Land, unsere Wahl

Was man zum Wählen wissen muss

In der Demokratie haben die Bürgerinnen und Bürger das Sagen. Damit der Wählerwille sich tatsächlich in der Volksvertretung, dem Parlament, widerspiegelt, gibt es allerhand Regeln. Diese betreffen insbesondere die Landtagswahlen und legen fest, wie der Weg von der Stimmabgabe zur Mandatsverteilung verläuft. Mit Blick auf den kommenden Wahltermin am 9. Mai 2010 erklärt Landtag Intern die wichtigsten.

Alle fünf Jahre bestimmen die Wählerinnen und Wähler mit ihren Stimmen, die sie bei der Landtagswahl abgeben, über die Zusammensetzung des nordrhein-westfälischen Parlaments. Die gewählten Abgeordneten repräsentieren für die nächsten fünf Jahre, so lang dauert eine Wahlperiode, die Bevölkerung. Sie sind dabei allerdings keinerlei Weisung unterworfen, sondern nur ihrem Gewissen verpflichtet.

Wahlberechtigt sind alle Erwachsenen, die die deutsche Staatsangehörigkeit haben und seit mindestens 16 Tagen vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen leben.

NEU: ZWEI STIMMEN

Mit der Landtagswahl am 9. Mai 2010 haben die Wählerinnen und Wähler erstmals zwei Stimmen, wie bei der Bundestagswahl. Mit der Erststimme können sie die Kandidatin oder den Kandidaten ihres Wahlkreises unterstützen, von der oder dem sie im Parlament vertreten werden möchten. Mit der Zweitstimme entscheiden sie sich für eine Partei. Erst- und Zweitstimme sind unabhängig voneinander.

Wer nur seine Erst- oder nur seine Zweitstimme vergibt, macht seinen Stimmzettel nicht ungültig. Ungültig sind Stimmzettel, wenn aus ihnen nicht der klare Wählerwille hervorgeht oder wenn Bemerkungen auf dem Stimmzettel gemacht wurden.

Wer selbst zur Landtagswahl antreten und sich um einen Sitz im Parlament bewerben möchte, muss wahlberechtigt sein und darüber hinaus seit mindestens drei Monaten in NRW wohnen. Allerdings ist die Zeitspanne, in der bei der Landeswahlleiterin Kandidatinnen und

Kandidaten benannt werden konnten, mit dem 22. März 2010 bereits abgelaufen.

Am Wahltag sind die Wahllokale von 8 bis 18 Uhr geöffnet. Danach zählen die Wahlhelferinnen und -helfer die Stimmen öffentlich aus und übermitteln das Ergebnis an die zuständigen Wahlorgane.

BRIEFWAHL

Wer am Wahltag persönlich verhindert ist, sein zuständiges Wahllokal aufzusuchen – die Adresse befindet sich auf der Wahlbenachrichtigung –, kann auch per Briefwahl seine Stimme abgeben. Menschen, die bei der persönlichen Stimmabgabe im Wahllokal Hilfe brauchen, können eine Person ihres Vertrauens mit in die Wahlkabine nehmen. Grundsätzlich aber geben die Bürgerinnen und Bürger ihre Stimme persönlich und geheim ab.

ERGEBNIS UND SITZVERTEILUNG

Ab 18 Uhr werden die ersten Hochrechnungen des Wahlergebnisses bekanntgegeben. Dieses kann sich freilich noch verändern. Alle Parteien, die im Endergebnis mindestens 5 Prozent der Stimmen erhalten haben, sind im Landtag vertreten. Steht fest, welche Parteien wie viel Prozent der Stimmen bekommen haben, wird errechnet, wie viele Sitze ihnen jeweils im Parlament zustehen.

Alle Kandidatinnen und Kandidaten, die in ihrem Wahlkreis die Mehrheit der Stimmen erhalten haben, ziehen in den Landtag ein. Entsprechend der 128 Wahlkreise in Nordrhein-

Westfalen stehen damit schon 128 Abgeordnete der neuen Legislaturperiode fest. Die restlichen Abgeordneten ziehen über die sogenannten Landesreservelisten der Parteien in den Landtag ein. Wer an welcher Stelle auf ihrer Liste steht, entscheidet jede Partei im Vorfeld der Wahl selbst.

Es kommt auch vor, dass mehr Direktkandidatinnen oder -kandidaten einer Partei ihren Wahlkreis gewinnen und damit einen Sitz im Parlament sicher haben, als der Partei entsprechend des Ergebnisses zustehen (Überhangmandate). Weil diese Partei nun mit unverhältnismäßig vielen Abgeordneten im Parlament vertreten wäre, dürfen auch die anderen in den Landtag gewählten Parteien entsprechend mehr Abgeordnete in den Landtag entsenden, damit das Verhältnis wieder stimmt (Ausgleichsmandate).

Die Gesamtzahl der Sitze im Landtag ist somit nicht von vornherein vorhersehbar. Jedoch mindestens 181 Abgeordnete werden dem neuen Parlament angehören, das die Wählerinnen und Wähler am 9. Mai 2010 wählen. SOW

Ausführliche Informationen rund um Wahlrecht und Mandatsverteilung in Nordrhein-Westfalen bietet die Informationsbroschüre „Landtagswahl 2010 – Von der Wählerstimme zum neuen Parlament“. Sie ist kostenlos zu bestellen unter 0211 884 2850 oder per Mail: presse@landtag.nrw.de.



Foto: Schätte

Lebendig und transparent soll die parlamentarische Arbeit sein, sie soll die Exekutive wirksam kontrollieren, politische Beschlüsse und Gesetze gegebenenfalls unter Hinzuziehung von Sachverständigen effizient beraten – und damit dem von den Bürgerinnen und Bürgern entgegengebrachten Vertrauen gerecht werden. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde – nicht ohne Druck der westlichen Siegermächte – die zweite Demokratie in Deutschland errichtet. Diese ist laut Grundgesetz nicht nur demokratischen, rechtsstaatlichen und sozialen, sondern auch föderalen Grundsätzen verpflichtet.

Die Länder sollen – da näher an den Menschen – subsidiär diejenigen Aufgaben übernehmen, die sie besser leisten können als der Bund. Dazu zählt insbesondere die Pflege regionaler und kultureller Besonderheiten – der Grund für die Länderhoheit im Bereich Kultur, Bildung und Schule.

Das Zusammenspiel der demokratischen Institutionen musste nach 1945 natürlich erst einmal etabliert werden. So nimmt es nicht wunder, dass auch die parlamentarische Arbeit immer wieder überprüft und gemäß den gegebenen Anforderungen angepasst wurde. Eine bedeutende Parlamentsreform wurde am 15. Juli 1970, zum Ende der 6. Legislaturperiode, beschlossen. Vorbereitet hatte die Reform ein im April 1969 eingerichteter Sonderausschuss „zur Verbesserung der Arbeitsmethode des Landtags Nordrhein-Westfalen“.

MEHR DYNAMIK

Für die Beratung von „normalen“ Gesetzentwürfen gilt damit seit nun 40 Jahren das „Zwei-Lesungs-Verfahren“ anstelle des bis dato gültigen „Drei-Lesungs-Verfahren“. Das Plenum kann nun nach Einbringung in der 1. Lesung (und ggf. anschließender Ausschussberatung) ein Gesetz direkt in der 2. Lesung annehmen. Von dieser Verkürzung des Gesetzgebungsprozesses ausgenommen bleiben verfassungsändernde Gesetzentwürfe wie auch Haushaltsvorlagen. Zur Stärkung der Opposition beziehungsweise parlamentarischer Minderheiten muss es auch dann bei „normalen“ Gesetzesvorlagen eine 3. Lesung geben, wenn diese von einer Fraktion oder von 20 Abgeordneten beantragt wird.

Nachdem man 1965 eine Fragestunde eingerichtet hatte, in der die Landesregierung dem Parlament Rede und Antwort stehen muss, überlegte man 1969/1970, diese dynamischer zu gestalten und Kurzdialoge zwischen Abgeordneten und Landesregierung zuzulassen. Daher weitete man die Zahl der möglichen Fragen pro Abgeordneten aus.

Eine weitere Belebung der Plenardebatten sollten auch die neu eingeführten „Aktuellen Stunden“ bringen. Pate stand hier eine vergleichbare Regelung im Deutschen Bundestag; dort



Die Regeln der parlamentarischen Kunst ...

... feiern 40. Geburtstag

Am 9. Mai 2010 wählen die Bürgerinnen und Bürger die Abgeordneten und Parteien ihrer Wahl für die 15. Legislaturperiode und bestimmen somit, wer die Geschicke des Landes lenkt. Für eine gute Parlamentsarbeit brauchen die Abgeordneten freilich gute Instrumente. Dass der Landtag NRW ein Ort der lebendigen Debatten zwischen den einzelnen politischen Gruppierungen wie auch zwischen Regierung und Parlament ist, verdankt er nicht zuletzt einer Reform, die vor 40 Jahren beschlossen wurde und bis heute Bestand hat.

kannte man sie schon seit 1965. Eine Fraktion oder 20 Abgeordnete können solche Aktuellen Stunden beantragen. Dass diese häufig, wenn nicht sogar in der Regel, länger dauern als 60 Minuten, ergibt sich aus der Möglichkeit, über dieses Instrument schnell und mit dem scharfen Schwert der Rhetorik politische Positionen zu aktuellen Ereignissen von allgemeinem Interesse deutlich zu machen.

ÜBERPARTEILICHE INFORMATIONEN

Um eine zügige Arbeitsweise in parlamentarischen Prozessen zu erreichen, führte man mit der Reform auch die Möglichkeit ein, Landtagsausschüssen Beratungsfristen vorzugeben. Ebenfalls können seitdem langwierige mündliche Berichterstattungen im Plenum durch

schriftliche Informationen ersetzt werden. Mit der Reform beschloss man auch, die Arbeit der Ausschüsse durch Mitarbeiter zu unterstützen. Gleiches gilt für die politische Arbeit der Fraktionen, denen Referentenstellen für die wissenschaftliche Mitarbeit bewilligt wurden.

Um die nordrhein-westfälische Öffentlichkeit besser über die Parlamentsarbeit zu informieren, erschien im Oktober 1970 erstmals die Parlamentszeitschrift „Landtag Intern“. Damit folgte der Landtag NRW dem Beispiel Bayerns und Schleswig-Holsteins in dem Bestreben, den Bürgerinnen und Bürgern seines Bundeslandes kostenlose und überparteiliche Informationen aus erster Hand zu vermitteln. *cw*

Quelle: Düding, Dieter (2008): *Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen*. Berlin.

Schlag auf Schlag

„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

Helmut Stahl (CDU)
Fraktionsvorsitzender



Hannelore Kraft (SPD)
Fraktionsvorsitzende



Um die Demokratie zu stärken, gilt es aus meiner Sicht besonders, ...

... Aufklärungsarbeit zu leisten zum Verständnis von Demokratie, von demokratischen Abläufen und Verfahrensweisen. Demokratie ist manchmal komplexer als erwartet, jedoch alternativlos für alle, die Freiheit lieben.

... die Menschen noch mehr in die Entscheidungsprozesse einzubinden. Das gilt sowohl für die Beteiligungsverfahren in den Stadtteilen unseres Landes als auch für die Bürgerentscheide in den Städten und Gemeinden. Die Politik muss den Mut haben, Hand in Hand mit den Bürgerinnen und Bürgern zu guten Lösungen zu kommen. Das gilt natürlich auch für die Parteien: Mehr Transparenz und Beteiligung!

Eine große Gefahr für die Demokratie sehe ich in ...

... einem leider sinkenden Interesse an Belangen unseres Gemeinwesens und nachlassender Bereitschaft, für unsere Demokratie zu streiten. Ich setze auf junge Menschen und die wieder wachsende Erkenntnis, wie sehr wir alle existenziell auf Gemeinschaft und unser demokratisches Staatswesen angewiesen sind.

... Politikverdrossenheit der Menschen. Eine Folge davon ist eine sinkende Wahlbeteiligung, die tendenziell Klientelparteien und extreme politische Gruppierungen stärkt.

Die Bürgerinnen und Bürger können sich auch außerhalb von Landtagswahlen in die Landespolitik einbringen, indem sie ...

... sich interessieren, etwa für die Bildungspolitik oder die innere Sicherheit, uns Politiker darauf ansprechen, teilnehmen am Leben in Vereinen, Verbänden und demokratischen Parteien, die ja oftmals Brücken sind auch in die Landespolitik. Also: Herzlich willkommen!

... sich weiterhin so hervorragend in Vereinen und Verbänden organisieren und sich für „ihre Sache“ einsetzen. Im Sport, in der Kirche oder im Jugendclub – um nur einige Beispiele zu nennen – helfen die Menschen nicht nur durch ihr ehrenamtliches Engagement, sondern formulieren auch ihre berechtigten Interessen und Forderungen an die (Landes-)Politik. Das ist gut so.

Die Reformen der Parlamentsarbeit von 1970 (Zwei-Lesungsverfahren, Aktuelle Stunde, Flexibilisierung der Fragestunde) haben sich aus meiner Sicht ...

... bewährt. Aber es bleibt Raum für Verbesserungen, um Parlamentsarbeit wirkungsvoller und nachvollziehbarer zu gestalten. Es lohnt darüber nachzudenken, wie zum Beispiel die Präsenz der Abgeordneten bei Plenarsitzungen erhöht oder die Ausschussarbeit auch für Zuhörer attraktiver gemacht werden kann.

... bei allen Akteuren als sinnvolle Instrumente in der Politik durchgesetzt. Allerdings dürfen wir nicht die gewissenhafte inhaltliche Debatte und das Ringen um die richtigen Konzepte aus Zeitgründen vernachlässigen. Die Verantwortung, die wir Abgeordneten haben, ist groß; Sorgfalt muss grundsätzlich vor Schnelligkeit kommen.

Die Abgeordneten des Landtags haben in 1.594 Plenar- und Ausschusssitzungen 1.347 Gesetzentwürfe und Anträge beraten (Stand März 2010). Dabei war für mich wichtig, ...

... dass in der Vielzahl der parlamentarischen Aktivitäten sehr bedeutsame Vorhaben bewegt werden konnten, die das Leben vieler Menschen positiv berühren, etwa das Kinderbildungsgesetz, das Schulgesetz oder Hochschulfreiheitsgesetz oder nun mögliche kundenfreundliche Ladenöffnungszeiten.

... dass wir als SPD-Fraktion eine sehr konstruktive Parlamentsarbeit geleistet haben. Die 74 SPD-Landtagsabgeordneten haben in den vergangenen fünf Jahren auf allen Politikfeldern viele Initiativen zum Nutzen unseres Landes eingebracht. Dafür danke ich meinen Kolleginnen und Kollegen sehr.

Als größte Herausforderung für die Zukunft sehe ich ...

... die Erwartungen der Menschen an die Politik in Einklang zu bringen mit den Möglichkeiten von Politik – das insbesondere vor dem Hintergrund hoch verschuldeter öffentlicher Haushalte, die wir nicht einfach weiterreichen dürfen an die nachfolgende Generation.

... den Mut zu haben, Strukturen zu verändern. Wenn Nordrhein-Westfalen eine gute Zukunft haben soll, dürfen wir kein Kind mehr zurücklassen. Deshalb müssen wir gerade in der Familien- und Bildungspolitik mit Siebenmeilenstiefeln vorangehen. Nur durch nachhaltige Veränderungen wird unser Land die Herausforderungen der Zukunft bewältigen. Nur so werden wir soziale Gerechtigkeit schaffen und allen ein Leben in Würde sichern.

Die Arbeit im Landtag ist mir deshalb ein persönliches Anliegen, weil ...

... sie nahe an den Menschen ist, Demokratie anschaulich macht und weil es Freude macht, unser Gemeinwesen mitzugestalten.

... für mich die Arbeit als Abgeordnete ein faszinierender Beruf ist. Wir Abgeordneten haben die Chance, jeden Tag mit völlig unterschiedlichen Menschen zusammenzukommen: vom Streetworker in einem Jugendprojekt bis zum Vorstandsvorsitzenden eines DAX-Unternehmens. In dieser Arbeit kann man viel bewegen – zum Wohle unseres Landes Nordrhein-Westfalen.

Diesmal mit Fragen zu Demokratie und Parlament.

Dr. Gerhard Papke (FDP)
Fraktionsvorsitzender



... die Bürgerrechte zu schützen und die individuelle Freiheit zu stärken. Demokratie lebt davon, dass sich die Bürger am Geschehen in Gesellschaft und Staat beteiligen. Und sie muss wehrhaft gegenüber Gefahren von links und rechts sein.

... jeder Art von politischem Extremismus. Demokratie braucht den Wettbewerb der politischen Parteien um den besten Weg für unser Land. Aber demokratische Parteien sollten sich einig sein, niemals mit Verfassungsfeinden zusammenzuarbeiten, um an die Macht zu kommen.

... sich am besten selbst politisch engagieren und sich persönlich einbringen. Der Landtag ist ein offenes Haus für alle Bürger. Jeder ist herzlich eingeladen, mit den Landtagsabgeordneten ins Gespräch zu kommen.

... bewährt. Durch die Reformen wurden die Rechte der Opposition gestärkt. Zudem trägt die Aktuelle Stunde zu lebhafteren Debatten bei. Die parlamentarische Aussprache über tagesaktuelle Themen macht die Arbeit des Parlaments für die Bürger verständlicher und interessanter.

... das Wohl unseres Landes bei allen Vorhaben im Blick zu behalten. Wir haben mutige Reformen umgesetzt und möchten diesen Weg fortsetzen. Stolz sind wir auf den historischen Ausstiegsbeschluss aus dem Subventionsbergbau. Wir investieren jetzt in helle Köpfe, nicht in dunkle Schächte.

... die Bildung unserer Kinder, weil sie die Grundlage für ein selbstbestimmtes und glückliches Leben jedes Einzelnen ist. Bildung ermöglicht Orientierung in einer komplexer werdenden Welt und ist Voraussetzung für eine stabile Demokratie. Mit ihr steht und fällt unsere freiheitliche Gesellschaft.

... Nordrhein-Westfalen meine Heimat ist, für die ich mich mit ganzem Herzen engagiere. Ich arbeite dafür, dass Nordrhein-Westfalen den Aufstieg in die Champions League der europäischen Standorte auf Dauer sichern kann.

Sylvia Löhrmann (Grüne)
Fraktionsvorsitzende



... die Bürgerinnen und Bürger stärker in Entscheidungen einzubinden und damit der „politischen Passivität“ zu begegnen. Deshalb wollen wir Hürden für Bürger- und Volksentscheide verringern, das Wahlalter bei Landtagswahlen auf 16 senken und – wie in vielen Bundesländern – bei Landtags- und Kommunalwahlen Kumulieren und Panaschieren einführen.

... der zunehmenden sozialen Spaltung. Zu viele Menschen sind oder fühlen sich abgehängt und ausgegrenzt. Diese Perspektivlosigkeit ist schlecht für den Einzelnen und die Gesellschaft. Wir müssen die Menschen zurückgewinnen – durch gezielte Armutsbekämpfung und gute Bildung für alle.

... sich in der Zivilgesellschaft engagieren. Bürgerengagement stärkt Demokratie, Zusammenhalt und Innovationsfähigkeit der Gesellschaft. Dieses Engagement können wir fördern: durch Wertschätzung, gute Rahmenbedingungen und Infrastrukturen, Abbau von Barrieren und durch die Öffnung von Institutionen für Bürgerengagement.

... bewährt. Das Gesetzgebungsverfahren ist transparenter, die Debatten sind interessanter und aktueller geworden. Angesichts der schnelllebigen Mediengesellschaft sind weitere Neuerungen, wie die britische Form von Rede und Gegenrede oder die Kurzintervention, denkbar. Das könnte die Parlamentsdebatten auch für Jugendliche spannender machen.

... dass wir Grünen immer kritisch und konstruktiv waren. Für uns stand immer die Sache im Vordergrund, deshalb haben wir zum einen eigenständige Anträge gestellt, zum anderen gemeinsame Initiativen aller Fraktionen angestoßen und geprägt. So konnten wir darstellen, was wir anders und besser gemacht hätten, aber auch konstruktiv mitgestalten.

... die Demokratie immer wieder zu verteidigen. Denn Demokratie ist ein Prozess und kein Zustand. Die demokratischen Spielregeln müssen auf die Herausforderungen der digitalen Welt übertragen werden. Stichworte sind Datenschutz, Selbstbestimmung, Urheberrecht, Kampf gegen Zensur. Letztlich kann die digitale Welt unsere Demokratie bereichern.

... ich hier ganz konkret Gegenwart und Zukunft gestalten kann. Ich will hier im Landtag gemeinsam mit vielen anderen Menschen an vielen anderen Orten im Land für eine grüne industrielle Revolution, für gute Bildung für alle, für soziale Gerechtigkeit und die demokratische Kultur werben und streiten. Und natürlich für eine starke Demokratie.

Idee und Umsetzung:
Christoph Weißkirchen

Frühzeitige Hilfe notwendig

Debatte über seelische Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen

9. März 2010 – *Psychische Störungen sind bei Kindern und Jugendlichen mittlerweile weit verbreitet. Betroffen sind vor allem junge Menschen aus ärmeren Verhältnissen oder mit familiären Problemen. Da sich eine psychische Erkrankung erheblich auf die seelische und körperliche Situation der Heranwachsenden sowie auf das persönliche Umfeld auswirke, sei es besonders wichtig, die Symptome frühzeitig zu erkennen und angemessen zu behandeln, so die Fraktionen übereinstimmend. Aufgrund unterschiedlicher Handlungsvorschläge reichten sie dann aber jeweils eigene Anträge ein (Grüne Drs. 14/9429, CDU und FDP Drs. 14/10738, SPD und Grüne Drs. 14/10740).*

Barbara Steffens (Grüne) bedauerte, dass es nicht gelungen sei, einen gemeinsamen Antrag zu stellen. Die Bekämpfung der Ursachen müsse an erster Stelle stehen, betonte Steffens und forderte, niederschwellige Anlaufstellen flächendeckend auszubauen: „Wir brauchen viel mehr aufsuchende, an dem Setting der Kinder orientierte Angebote.“ Insgesamt seien die Angebote zu vernetzen und wohnortnah einzurichten. Steffens prangerte an, dass die Probleme der Kinder und Jugendlichen unter anderem durch den erhöhten Leistungsdruck zugenommen hätten, die Zahl der Beratungsangebote jedoch abgenommen habe. Es sei nötig, die tagesklinischen Angebote stark auszubauen und zu dezentralisieren. Es müssten alternative Therapiewege, die bisher nicht vorhanden seien, geschaffen werden, damit die Probleme nicht nur medikamentös bekämpft würden.

Die Versorgung von psychisch kranken Kindern und Jugendlichen habe sich verbessert, reiche aber noch nicht aus, betonte auch Ursula Monheim (CDU): „Es gibt Versorgungsengpässe.“ Durch die steigende Zahl von Betroffenen habe sich die Situation erheblich verschärft. Die Verantwortung liege, so die CDU-Sprecherin, sowohl bei den Eltern als auch bei den zuständigen Ins-

titutionen, um junge Menschen möglichst früh und präventiv zu behandeln. Monheim verwies auf das von Minister Laumann im Jahr 2009 vorgestellte Konzept zur Verbesserung der stationären und teilstationären Versorgung in der Kinder- und Jugendpsychiatrie in NRW. Darüber hinaus sei es notwendig, Präventions- und Hilfsangebote dezentral weiterzuentwickeln, verstärkt – etwa mit Schulen – zu vernetzen und Wartezeiten zu verkürzen.

Es komme vor allem auf die Primärprävention an, um psychische Auffälligkeiten früh erkennen und behandeln zu können, sagte Stefan Romberg (FDP). Dabei stelle die Zersplitterung des deutschen Gesundheits- und Sozialwesens besondere Anforderungen an die Entwicklung von wirksamen Konzepten. Unter den vielen Faktoren, die bei psychischen Störungen eine Rolle spielten, komme dem sozialen Umfeld eine herausragende Bedeutung zu. Romberg betonte deshalb: „Das primäre Ziel ist es, die Kompetenz der Eltern zu verbessern.“ Dazu müssten entsprechende Leitlinien entwickelt werden. Auch forderte er, dass eine Behandlung im Krankheitsfall „stigmatisierungsfrei“ und gemeindenah möglich sein müsse. Zusätzlich

müsse die Zahl der Kinder- und Jugendpsychiatern dem steigenden Bedarf angepasst werden.

Heike Gebhard (SPD) kritisierte sowohl die fehlende Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen gerade bei diesem Thema als auch, dass die Ankündigungen der Landesregierung bislang nicht umgesetzt worden seien: „Es ist in diesem Bereich in der Tat nichts passiert.“ Vielmehr habe Laumann sich offenbar jahrelang darauf verlassen, dass die Zahl der Jugendlichen in den kommenden Jahren und damit auch der Bedarf nach Hilfe sinken würden. Elisabeth Veldhues (SPD) ergänzte: „Wir haben kein Erkenntnisproblem, wir haben ein Umsetzungsproblem.“ Die SPD-Sprecherin betonte, dass sich die seelische Gesundheit von Kindern auf den Zugang zu Bildung und somit zum Arbeitsmarkt auswirke. Um dem entgegenzuwirken, forderte Veldhues in diesem Bereich eine stärkere Koordinierung zwischen den zuständigen Institutionen.

„Mit der psychosozialen Versorgung von Kindern und Jugendlichen bei uns in Nordrhein-Westfalen haben wir ein erhebliches Handlungsfeld vor uns“, stellte Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) fest. Im ambulanten Bereich sei es derzeit schwierig, dem wachsenden Bedarf gerecht zu werden, da zu wenige Fachärztinnen und -ärzte nachrückten. Gleichzeitig betonte er, dass sowohl mehr tagesklinische Plätze als auch mehr Betten notwendig seien. In dieser Frage habe sein Ministerium Anfang 2009 eine „starke Kurskorrektur“ vorgenommen. Sowohl die Zahl der Betten als auch der Plätze sei seit 2005 bereits in „erheblichem Umfang“ gestiegen. Laumann kündigte an, mit diesen zusätzlichen Kapazitäten die Wartezeit von derzeit durchschnittlich drei Monaten auf unter einen Monat drücken zu wollen. *bra*

Mit Regierungsmehrheit wurde der Antrag von CDU und FDP (Drs. 14/10738) angenommen.



Empfehlungen

Den Bericht der Enquetekommission zur Erarbeitung von Vorschlägen für eine effektive Präventionspolitik in NRW überreichte als stellvertretender Vorsitzender Frank Sichau (2.v.l., in Vertretung von Gabriele Kordowski) an Landtagspräsidentin Regina van Dinther (3.v.l.). Die Enquetekommission III wurde auf Empfehlung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses I zur Aufklärung der Umstände, die zum Tod eines Häftlings in der Justizvollzugsanstalt Siegburg geführt hatten, eingesetzt. Sie sollte unter anderem die Entwicklung von jugendlicher Gewalt und Kriminalität umfassend untersuchen. 35 Handlungsempfehlungen zum Umgang mit und zur Vermeidung von Kinder- und Jugendkriminalität haben die neun Abgeordneten und sechs Sachverständigen der Kommission erarbeitet und in einem 248-seitigen Abschlussbericht veröffentlicht.

Fotos: Schälte

Strengere Regeln für Sponsoring gefordert

Hitzige Auseinandersetzung im Landtag

10. März 2010 – In einem Brief an potenzielle Sponsoren hatte die CDU-Geschäftsstelle Gespräche mit dem CDU-Vorsitzenden und Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers gegen ein zusätzliches Entgelt angeboten. „Käuflich“, so die Opposition in einer von ihr beantragten Aktuellen Stunde. Die Grenze zwischen Partei und Regierung werde verwischt. „Indiskutabel“ sei der Brief, so die CDU, aber kein Grund für persönliche Diffamierung. Sie forderte mehr Transparenz auch fürs Sponsoring.

Arbeitsminister
Karl-Josef Laumann (CDU)
und Ministerpräsident
Jürgen Rüttgers (CDU)

Als „Stück aus dem Tollhaus“, bewertete **Norbert Römer** (SPD) die bisherige Sponsorenpraxis der CDU. Durch die „Vermarktung“ des Regierungschefs und anderer Kabinettsmitglieder sei die verfassungsrechtliche Trennlinie zwischen Partei- und Regierungsarbeit nicht eingehalten worden. Diese Praxis sei nicht, wie von der CDU dargestellt, allgemein üblich, sondern deren „Alleinstellungsmerkmal“. Rund 80 Prozent der Bürgerinnen und Bürger glaubten nicht, dass Rüttgers hiervon nichts gewusst habe. Er sei an den eigenen Ansprüchen gescheitert, attackierte der SPD-Sprecher den Regierungschef. Notwendig sei eine vollständige Offenlegung aller Vorgänge rund um die CDU-Finanzierungspraxis.

Der Kern des Problems sei das Staatsverständnis der CDU, analysierte **Sylvia Löhrmann** (Grüne). Entscheidend sei nicht, ob Rüttgers den Sponsorenbrief gekannt, sondern ob er von der Praxis gewusst habe, Gespräche mit ihm gegen Geld anzubieten. Und ob er die Haltung, die dahinter stehe, „bekämpft, geduldet oder befördert“ habe. Löhrmann kritisierte, die schwarz-gelbe Regierung habe sich seit 2005 „den Staat zur Beute“ gemacht. Dies habe Rüttgers gewusst und dafür sei er verantwortlich. Um im konkreten Fall jeden Verdacht zu beseitigen, müsse die CDU nunmehr alle Sponsorenbriefe, jegliche Korrespondenz dazu sowie die Terminbegleitungsmappe des Ministerpräsidenten offenlegen.

Es sei eine „Schmutzkampagne“ mangels inhaltlicher Alternativen, antwortete **Helmut Stahl** (CDU) auf die Vorwürfe der Opposition. Aufgeworfen würden Fragen, die schon seit anderthalb Wochen beantwortet seien. Der in Rede stehende Brief sei „indiskutabel“. Es habe aber keine Gespräche gegen Geld gegeben und es werde sie nicht geben, so der Fraktionsvorsitzende. Auch die Überprüfung durch die Staatsanwaltschaft habe gezeigt: Es habe keinen Rechtsverstoß gegeben. Stahl kündigte an, die CDU werde zukünftig alles auf den Tisch legen, was mit der Finanzierung von Parteitag zu tun habe. Er wünsche sich die gleiche Transparenz bei der SPD.

Fotos: Schälte



Norbert Römer (SPD)

Sylvia Löhrmann (Grüne)

Helmut Stahl (CDU)

Ralf Witzel (FDP)

Eine selbstkritischere Haltung zur Parteifinanzierung mahnte auch **Ralf Witzel** (FDP) bei den anderen Parteien an. Bei den Grünen betreffe dies die hohen Spenden aus dem Bereich der „Öko-Energie“, die zu rot-grünen Zeiten mit Subventionen bedacht worden seien. Bei der SPD betreffe dies Einnahmen aus ihrer Medienholding. Daher habe die SPD im Bundestag ja auch betont, es sei nicht anrühlich, wenn Unternehmen sich „gegen Geld auf Parteitag präsentiert“. Solches Verhalten müsse aber transparent geschehen, gleich ob es Parteien oder Landesbehörden betreffe, so Witzel. Der FDP-Sprecher verwies in diesem Zusammenhang auf eine entsprechende Sponsorenliste des Innenministeriums.

In der CDU-Landesgeschäftsstelle sei ein „schwerer Fehler“ gemacht worden, urteilte **Arbeitsminister Karl-Josef Laumann** (CDU). Der hierfür politisch Verantwortliche habe die Konsequenzen gezogen und sei zurückgetreten. Es habe aber nie einen Verkauf von Terminen gegeben – anders als bei der SPD, die Anzeigenkunden der Parteizeitung zu „Kaminabenden“ mit hochrangigen SPD-Politikern einlade und dies als „normales Kundenbindungs-Instrument“ ansehe. Es sei die Pflicht der Opposition, auf Missstände hinzuweisen. Wenn sie aber wisse, dass es keine Beweise für gekaufte Gespräche gebe, solle sie es sich im Sinne der Demokratie gut überlegen, jemandem Käuflichkeit zu unterstellen.

„Wir sind eigenen Maßstäben nicht gerecht geworden“, erklärte auch **Ministerpräsident Jürgen Rüttgers** (CDU). Es sei richtig, wenn öffentlich auf Dinge hingewiesen werde, die nicht in Ordnung seien. Unsäglich seien allerdings Vorwürfe der „Käuflichkeit“ oder der „Prostitution“. Dies zeige: Es gehe der Opposition nicht um Transparenz, sondern um „Schmutzwahlkampf“. Die Landesregierung habe in dieser Legislaturperiode die Transparenzregeln für das Sponsoring drastisch verschärft. Rüttgers begrüßte eine mögliche Überprüfung des Parteienfinanzierungsgesetzes; zu überlegen sei, ob Regelungen für Parteispenden auch auf Sponsorengelder übertragbar seien. Bei der NRW-CDU jedenfalls werde die Offenlegung von Sponsorengeldern zukünftig vertraglich vereinbart.

cw

Bekennnis zur Bekenntnisschule

Trotzdem Meinungsunterschiede zwischen Regierung und Opposition

11. März 2010 – In NRW gibt es 1034 katholische und 103 evangelische sowie zwei jüdische Bekenntnisschulen. CDU und FDP befürchteten in einer von ihnen beantragten Aktuellen Stunde, die Opposition, insbesondere die Grünen, wollten diese Schulen abschaffen. SPD wie auch Grüne wiesen dies von sich, sahen aber in bestimmten Punkten Handlungsbedarf.

Als „wichtigen, unersetzbaren Bestandteil unseres Bildungssystems“ beschrieb **Klaus Kaiser** (CDU) die Bekenntnisschulen. Die Grünen wollten diese abschaffen oder einschränken. Sie wollten ein „Elternwahlrecht erster Klasse für alle Unterstützer des Einheitssystems, und das Wahlrecht zweiter Klasse für Eltern außerhalb Ihres parteipolitischen Fokus“, meinte er.

„Offenbar wollen die Grünen jedes Schulangebot, das ihren eigenen ideologischen Zielen entgegensteht, zerstören“, so **Ingrid Pieper-von Heiden**

(FDP). Über Jahre hinweg hätten sie die Hauptschulen „kaputt geredet“, und nach den Realschulen bzw. Gymnasien sei nunmehr auch die Abschaffung der Bekenntnisschulen zum Wahlziel erhoben worden.

Die Stellung der Bekenntnisschulen sei mit Verfassungsrang geregelt, erklärte **Frank Sichau** (SPD). Die SPD habe keine Änderungsabsichten, sondern erkenne vielmehr die Arbeit der Bekenntnisschulen und des dortigen Religionsunterrichts an. Allerdings müsse man den Wunsch

nach einer verstärkten Öffnung für Schülerinnen und Schülern anderen Glaubens erörtern.

Dass „der Verfassungsrang von Bekenntnisschulen unberührt bleibt“, betonte auch **Sigrid Beer** (Grüne). Der Schulunterricht müsse der religiös-weltanschaulichen Pluralität Rechnung tragen. Die Grünen-Sprecherin warnte allerdings vor „Desintegration“ durch Aufteilung der Elternströme in bestimmten Stadtvierteln als Folge der Auflösung der Grundschulbezirke.

Froh über das „Bekennnis zur Bekenntnisschule“ war **Schulministerin Barbara Sommer** (CDU). Es sei notwendig, Eltern zu unterstützen, die für ihre Kinder eine Entscheidung auf dem Boden einer christlich geprägten Kultur träfen. Die Toleranz der Bekenntnisschulen werde dadurch belegt, dass rund 10 Prozent der dortigen Kinder muslimischen Glaubens seien. CW

Richtungsfragen

Schlagabtausch über Haltung zur Linkspartei

11. März 2010 – Die Haltung der Fraktionen zur Linkspartei: eine Frage, die den Landtag beschäftigt. In der Plenardebatte befürchteten CDU und FDP, dass SPD und Grüne bereit seien, mit einer Partei zusammenarbeiten, die nicht auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehe. „Völlig undenkbar, völlig absurd“, so die Antwort der SPD. Es gelte aber, die Protestwählerinnen und -wähler in die demokratischen Parteien zurückzuholen. Von der ganzen Debatte profitiere nur die Linkspartei, warnten die Grünen.

„Es ist unsere Aufgabe, gemeinsam dafür zu kämpfen, dass Freiheit und Demokratie nicht von extremistischen Kräften ausgehöhlt werden.“ **Helmut Stahl** (CDU) forderte die SPD auf, Klarheit darüber zu schaffen, ob sie nach der Wahl mit „der Linken“ koalieren wolle oder nicht. Immerhin stelle diese „extremistische“ Partei einige Grundrechte in Frage.

Bündnisfragen seien Richtungsfragen, und darüber müsse vor der Wahl Klarheit herrschen, so **Dr. Gerhard Papke** (FDP). Für ihn gehe es am 9. Mai 2010 um eine Richtungsentscheidung zwischen Markt- und Staatswirtschaft bzw. im Schulwesen zwischen Pluralismus und Einheitsschule, propagiert durch ein Bündnis von SPD, Grünen und „Linksextremen“.

In NRW ist die „politische Führung der Linken für uns kein politischer Partner“, antwortete

Edgar Moron (SPD). Für die SPD sei die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien oder die Abschaffung des Verfassungsschutzes kein Thema. Eine Spaltung der demokratischen Linken habe noch nie den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern genützt, warnte Moron.

Der „Extremismus der Banker“ gefährde die Demokratie, erwiderte **Horst Becker** (Grüne) in Richtung FDP. Diese sei der „extreme marktradikale Rand“ innerhalb der Parlamente, „der Gegenpol zu der Linken“. **Sylvia Löhrmann** (Grüne) ergänzte, die Regierungsfaktionen machten mit dieser Debatte die Linken stark, um selbst an der Macht zu bleiben.

Im Wahlprogramm der Linkspartei finde sich weder das „Recht auf Rausch“ noch das Wort „Verstaatlichung“, widersprach **Rüdiger Sagel** (fraktionslos) den Vorwürfen der Regierungsfaktionen.

„Wir suchen die Auseinandersetzung und nicht die Zusammenarbeit mit der Linkspartei“, betonte **Hannelore Kraft** (SPD). Das Ziel der SPD sei es, die Linkspartei aus dem Landtag herauszuhalten. Die Linkspartei sei zurzeit weder regierungs- noch koalitionsfähig. NRW brauche stabile und klare Verhältnisse, plädierte Kraft für ein rot-grünes Bündnis.

Es gehe eben um das Wort „derzeit“, antwortete Ministerpräsident **Jürgen Rüttgers** (CDU) auf die Oppositionsführerin. Notwendig sei, dass auch für die Zeit nach der Wahl das notwendige Maß an Klarheit herrsche. Im Übrigen verwahrte sich Rüttgers gegen die von Horst Becker vorgenommene Gleichstellung von FDP und Linkspartei als „extremistisch“. CW

Fotos: Schälte



Gleiche Chance trotz Armut

Regierungsbericht zwischen Lob und Kritik

10. März 2010 – Kinder, Armut und Chancengleichheit: Thema auch im Landtag Nordrhein-Westfalen. Anlass war eine Unterrichtung der Landesregierung über den zweiten Bericht zum Runden Tisch „Hilfe für Kinder in Not“. Lob für die Ergebnisse der Arbeitsgruppe kam von den Koalitionsfraktionen. Mit der Stärkung der Familien und einer besseren Betreuung in den Schulen sei die Regierung auf dem richtigen Weg. Die Opposition hingegen warf dieser eine „Rosarote-Brille-Wahrnehmung“ vor, ihrem Bericht fehle ein Handlungskonzept insbesondere zur gezielten Förderung der Betroffenen.

„Minderjährige tragen nach wie vor ein überdurchschnittlich hohes Armutsrisiko“, stellte Sozialminister **Karl-Josef Laumann** (CDU) fest. Die Armutsquote liege bei rund 24 Prozent. Allerdings sei die Zahl der Kinder, die in Armut leben, von 815.000 im Jahr 2005 auf 755.000 im Jahr 2008 gesunken. Sowohl mit dem Ausbau der Kinderbetreuung, Programmen wie „Kein Kind ohne Mahlzeit“ als auch mit der verstärkten frühkindlichen Sprachförderung habe die Regierung die Chancengleichheit von Kindern verbessert. Gleichzeitig habe sie die Zahl der Ganztagsplätze in Schulen auf derzeit 607.691 erhöht, damit Alleinerziehende früher ins Berufsleben zurückkehren könnten. Laumann verwies auf den 2008 ins Leben gerufenen Runden Tisch „Hilfe für Kinder in Not“ und den Ansatz der frühen Förderung in Familie und Schule.

„Ich hatte gehofft, Herr Minister, hier wesentlich deutlichere Worte zu hören, wie Sie Ihre Maßnahmen und weitere Schritte angehen wollen“, kritisierte der sozialpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, **Norbert Killewald**, den

Regierungsbericht zum Runden Tisch „Hilfe für Kinder in Not“. Es müsse noch wirksamer gegen Kinderarmut vorgegangen werden. Gleichzeitig forderte er die Landesregierung auf, die Fördergelder im Kampf gegen Kinderarmut nicht länger breit in der Fläche zu streuen, sondern stärker gezielt dort einzusetzen, wo die Not bei den Heranwachsenden in Nordrhein-Westfalen tatsächlich vorhanden sei. Nur so könne sicher gestellt werden, dass beispielsweise bei Mahlzeiten in Kindertagesstätten kein Kind ausgeschlossen werde.

„Ihr Sozialbericht führte nie zum Handeln“, konterte **Walter Kern** (CDU) in Richtung der rot-grünen Vorgängerregierung. „Normalerweise müssten Sie wegen unterlassener Hilfeleistung an armen Kindern verklagt werden.“ Die aktuelle Regierung hingegen arbeite konsequent daran, die Armut von Kindern zu reduzieren. Unter anderem habe sie Familienzentren eingerichtet sowie neue Lehrkräfte und Psychologen an Schulen eingestellt. „Der Schlüssel zur Bekämpfung von Kindernot liegt auch in einer gesunden und guten Wirtschaftsentwicklung.“

Armutsbekämpfung sei eine „Querschnittaufgabe“ für alle Bereiche der Gesellschaft entsprechend der vom Runden Tisch erarbeiteten zentralen Punkte. „Wir werden hier nicht nachlassen, denn Armutsbekämpfung erfordert langen Atem.“

Auch **Stefan Romberg** (FDP) lobte die Landesregierung dafür, das Thema Kinderarmut in regelmäßigen Abständen ins Parlament einzubringen. Dabei habe sich die Regierung im gesundheitlichen Bereich auf Ernährungs- und Bewegungsprojekte konzentriert. Zudem sei die Situation von Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz mit dem neuen Angebot eines Werkstattjahres verbessert worden. Romberg zeigte sich überzeugt: „Die genannten Aktivitäten werden dazu beitragen, das Problem Kinderarmut in den Griff zu bekommen.“ Gleichzeitig begrüßte er das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Regelsätzen von Hartz IV, betonte jedoch: „Dabei sollte allerdings nie aus dem Blick geraten, dass es noch besser ist, Armut erst gar nicht entstehen zu lassen.“

Barbara Steffens (Grüne) hingegen warf der Landesregierung eine „Rosarote-Brille-Wahrnehmung“ vor. Mit dem zweiten Bericht habe diese inhaltlich weitestgehend den ersten Zwischenbericht wiederholt. „Es ist nur ein Bericht, aber kein Handlungskonzept“, kritisierte Steffens. Es fehlten viele Bausteine, wie etwa zusätzliche niederschwellige Beratungsangebote. Lange Wartezeiten seien die Folge. Zudem habe die Regierung viele Maßnahmen gerade zur Unterstützung von Alleinerziehenden zurückgefahren und die Grundschulbezirke aufgehoben, was zu einer Konzentration von sozial schwachen Kindern in bestimmten Schulen geführt habe. Auch komme die frühkindliche Förderung nicht dort an, wo sie wirklich gebraucht werde: in den „Brennpunktkindergärten“.

bra

Bilanz zur Bildung

Mehr Lehrkräfte? Weniger Stundenausfall? Kleinere Klassen?

23. März 2010 – Auf drängende Fragen der qualitativen Entwicklung des Bildungssystems bleibe die Landesregierung eine befriedigende Antwort schuldig, meint die SPD-Fraktion. Sie stellte deshalb eine Große Anfrage (Drs. 14/9818) an die Landesregierung und machte die Antworten zum Thema im Plenum. In Verbindung damit diskutierten die Abgeordneten über eine zweite Große Anfrage mit dem Titel „Aufstieg durch Bildung? Stand der Umsetzung der Vereinbarungen des Dresdner Bildungsgipfels in Nordrhein-Westfalen“ (Drs. 14/9967). Während die Regierungsfractionen große Fortschritte sahen, kritisierte die Opposition die Bildungsbilanz der Landesregierung als „verheerend“.

Die Regierung habe keines ihrer drei zentralen Ziele – kleinere Klassen, weniger Unterrichtsausfall und mehr Lehrkräfte – erreicht, rechnete Sören Link (SPD) vor. Tausende Lehrkräfte fehlten an den Schulen in NRW. Eingestellte Lehrerinnen und Lehrer müssten zahlreiche neue oder erweiterte Aufgaben erfüllen, die die Regierung den Schulen übertragen habe. Dazu komme, dass es die „bejubelten 8.000 Lehrerstellen“ nur auf dem Papier gebe. Ebenfalls kritisierte der SPD-Sprecher eine geplante Streichung von 320 Sozialindexstellen „bei den Schwächsten“, nämlich an Grund- und Hauptschulen. Da es nicht mehr Lehrkräfte für den Unterricht gebe, habe die Regierung auch weder Unterrichtsausfall noch Klassengrößen verringern können. Link sprach von einer „verheerenden“ Abschlussbilanz.

Statistiken und Zahlen gebrauche die Landesregierung offenbar eher als Vernebelungstaktik als zur Herstellung von Transparenz, kritisierte Sigrid Beer (Grüne), denn die Realität an den Schulen sehe anders aus als in Hochglanzbroschüren oder in der Antwort auf die Anfragen. Nach einem „Weihrauch-Intro“ folgten dort scheinbarweise

Informationen, die man sich erst zusammenpuzzeln müsse. Beer lobte allerdings die Ministerin dafür, die von Rot-Grün eingeführte Offene Ganztagschule weitergeführt zu haben – bei den Gymnasien gezwungenermaßen, da die Folgen der „Zwangsschulzeitverkürzung“ völlig unterschätzt worden seien. Allerdings verfüge nur ein Sechstel der Gymnasien über Ganztagsangebote für einen oder zwei Jahrgänge. Für den Rest bleibe nur „die Krücke der pädagogischen Übermittagbetreuung“.

Jürgen Hollstein (CDU) lobte die „erfolgreiche Schulpolitik“ des Landes seit 2005. Die Opposition hingegen suche nach dem Haar in der Suppe. Den Schulen gehe es „nach fünf Jahren CDU besser als nach 39 Jahren SPD, aber noch nicht gut genug“, stellte er fest. Deshalb wolle man weiter regieren. Man habe den Unterrichtsausfall halbiert, die individuelle Förderung intensiv gelebt, weswegen es weniger „Sitzenbleiber“ und weniger Rückstufungen in andere Schulformen, dafür mehr Aufsteiger gebe. Die Hauptschule werde nicht mehr schlecht geredet, sondern gefördert, und der Ganztags sei allen Schulformen

zugänglich gemacht worden. „Aufstieg durch Bildung“ dürfe keine bloße Worthülse bleiben, sondern müsse mit Leben gefüllt werden, um das Ziel des Dresdner Bildungsgipfels zu erreichen, sagte Hollstein.

Auch Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) sah die Koalition auf dem richtigen Weg. Sie habe viel bewegt und bewiesen, „dass wir Nordrhein-Westfalen zum Bildungsland Nummer eins machen wollen“. Deshalb habe man von Anfang an einen Haushalt mit einer klaren Priorität für Bildung vorgelegt. Kein anderes Bundesland gebe so viel Geld für die Bildung aus wie NRW, wo der Anteil bei 40,5 Prozent der Haushaltsmittel liege. Die FDP habe mit über 8.000 neuen Lehrerstellen Wort gehalten. Für die Zukunft definierte die FDP-Sprecherin das Ziel von Klassen mit nicht mehr als 25 Kindern. Pieper-von Heiden bezeichnete die „Strukturdebatte statt Qualitätsdebatte“ der Opposition als „unseriös“. „Wir führen keine rückwärts gewandten Strukturdebatten, sondern stärken die Schulen“, bekräftigte sie.

Schulministerin Barbara Sommer (CDU) erinnerte daran, dass die Opposition zusätzliche Lehrerstellen, die im Haushalt stünden, bestätigt habe. Allerdings bedauerte sie, SPD und Grünen hätten anschließend ihre Taktik geändert und behaupteten nun, die Stellen seien nicht besetzt. Sommer betonte, Sozialindexstellen seien nicht gestrichen, sondern auf Gesamtschulen und Berufskollegs verlagert worden. Inzwischen gebe es 1.237 Klassen weniger mit mehr als 30 Kindern. Trotz dieses Erfolgs wolle man daran weiter arbeiten. Von 2005 bis einschließlich des kommenden Schuljahrs habe die Regierung insgesamt 8.124 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen, inklusive etwa Schulpsychologinnen und -psychologen. Die genauen Daten über die Stellenbesetzungen erwartete die Ministerin für Oktober dieses Jahres. *sow*



Ein Vorbild für Europa

18. März 2010 – „Für uns ist die Partnerschaft zu Nordrhein-Westfalen von größter Bedeutung“, erklärte der Präsident des Benelux-Parlaments, der Belgier Bart Tommelein (vorne, Mitte), bei seinem Besuch im Landesparlament. Gemeinsam mit dem Vizepräsidenten Jack Biskop (4. v. r.) und dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, Wouter Beke (2. v. r.), war er im Hauptausschuss (Vorsitz Werner Jostmeier, CDU, r.) zu Gast. Dort sprachen sich die Abgeordneten gemeinsam mit den Vertretern des Benelux-Parlaments dafür aus, den parlamentarischen Austausch beispielsweise zu Fragen der polizeilichen Zusammenarbeit, des Umwelt- und Katastrophenschutzes zu vertiefen. Die Partnerschaft zwischen der Benelux-Union und NRW solle Vorbild sein für das weitere Zusammenwachsen der Regionen in Europa, sagte Bart Tommelein nach dem Eintrag ins Gästebuch beim Empfang mit den Landtagsvizepräsidenten Edgar Moron (3. v. l.) und Oliver Keymis (2. v. l.).

Tempolimit in Kommunen

Streit über flächendeckende 30er-Zonen

25. März 2010 – Tempo 30 für alle: ja, nein, jein? Darüber hat das Parlament anlässlich eines Eilantrags von CDU und FDP (Drs. 14/10895) und eines Entschließungsantrags der SPD (Drs. 14/10903) diskutiert. Die beiden Koalitionsfraktionen kritisierten die Opposition für ihre „Blockadepolitik“ und forderten die Landesregierung auf, der SPD-Forderung nach einer Tempo-30-Pflicht nicht nachzukommen. Die Opposition hingegen warf der Koalition falsche Unterstellungen vor. Es gehe nicht um eine flächendeckende Tempo-30-Pflicht in Städten. Vielmehr sollten Gemeinden auch auf Bundes- und Landesstraßen solche Zonen ausweisen dürfen.

Als „übertriebenen Aktionismus“ bezeichnete **Bernd Schulte** (CDU) die Forderung der SPD nach einem generellen Tempo-30-Limit innerhalb von Städten. Eine einheitliche Tempozone führe dazu, dass die unterschiedlichen Verkehrssituationen unberücksichtigt blieben. Zudem mache dies Schleichwege durch Wohngebiete attraktiver. Gleichzeitig entstünden erhebliche Kosten für neue Straßenschilder und Baumaßnahmen, welche die Kommunen oder direkt die Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer zahlen müssten. Als Folge befürchtete Schulte „eine geringere Akzeptanz von verkehrlich gebotenen Tempo-30-Zonen“. Sinnvoller sei es daher, dass die Städte weiterhin selbst über Geschwindigkeitslimits entschieden. „Das sollte man nicht durch Gesetz in dieser Weise reglementieren.“

Die jetzige Regelung habe sich bewährt und sollte nicht „über den Haufen“ geworfen werden, kritisierte **Christof Rasche** (FDP) den SPD-Antrag. Bürgermeister und Verkehrsexperten hätten sich entschieden gegen eine flächendeckende Tempo-30-Zone ausgesprochen. Selten zuvor sei eine Initiative so „zerrissen“ worden. SPD und Grüne stünden in der Verkehrspolitik für Staus und Blockade beim Ausbau der Infrastruktur. In diesem Bereich habe die rot-grüne Regierung von 1995 bis 2005 Millionen Euro verschenkt. Eine „Blockadepolitik“ warf Rasche den Oppositionsfraktionen auch bei der aktuellen Tempolimit-Initiative vor. Damit seien sie „eine Gefahr für Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen und eine Gefahr für den Logistikstandort Nordrhein-Westfalen“.

„Sie unterstellen uns, wir wären dafür, Tempo 30 flächendeckend einzuführen. Das ist falsch“, entgegnete **Bodo Wißen** (SPD). Der Eilantrag der Regierungskoalition sei deshalb haltlos. Vielmehr gehe es darum, den Städten bei Geschwindigkeitsbegrenzungen mehr Flexibilität zu ermöglichen. Denn derzeit dürften diese nach der Straßenverkehrsordnung nur auf städtischen, nicht aber auf Landes- oder Bundesstraßen eine

Tempo-30-Zone ausweisen. Dort gelte Bundes- oder Landeshoheit. „Wir wollen, dass eine Gemeinde für sich entscheiden kann, wo eine 30er-Zone sein soll und wo nicht“, betonte Wißen. Es gebe gute Gründe dafür, warum sich Kommunen für Tempolimits entschieden. Beispielsweise um die Zahl der Schwerverletzten zu senken.

Der Eilantrag der CDU gehe inhaltlich an der Sache „völlig vorbei“ und sei damit „grundlos“, stellte auch **Reiner Priggen** (Grüne) fest. Eine Tempo-30-Pflicht innerhalb von Städten, das wolle niemand. „Denn es ist vernünftig, dass Kommunen bestimmte Ausfallstraßen und Hauptverkehrsstraßen individuell beurteilen und dann sagen können, ob dort Tempo 50 oder Tempo 70 gilt.“ Alles andere sei „völliger Quatsch“. Gleichzeitig kritisierte Priggen die Koalition dafür, in den vergangenen fünf Jahren in der Verkehrspolitik gescheitert zu sein. „Denn in der Königsdisziplin, im öffentlichen Nahverkehr, haben Sie überhaupt nichts hingekriegt.“ Stattdessen habe sich die Situation im Nahverkehr insbesondere für Berufspendler durchweg verschlechtert.

Bodo Wißen habe sich in der Presse positiv zu einer angeblichen Bundesratsinitiative pro innerörtlicher Tempo-30-Pflicht geäußert, kritisierte Verkehrsminister **Lutz Lienenkämper** (CDU). Allerdings gebe es eine solche Initiative, die zudem „sinnlos“ wäre, gar nicht. Stattdessen

gingen die Presseberichte auf einen Streit innerhalb der Berliner Verwaltung zurück. Um „diese chaotische Reaktion“ offenzulegen, sei der Eilantrag „goldrichtig“ gewesen. In der Zwischenzeit habe Wißen offenbar seinen Fehler eingesehen und flugs einen Entschließungsantrag eingebracht, so Lienenkämper. Die aktuelle Regelung sei zu restriktiv, heiße es in diesem Antrag. Lienenkämper dazu: „Wer hat diese Regelung eingeführt? Das war im Jahr 2000.“ In Bund und Land habe die SPD regiert. *bra*

Der Eilantrag von CDU und FDP (Drs. 14/10895) wurde mit Regierungsmehrheit angenommen, der Entschließungsantrag der SPD (Drs. 14/10903) mit der gleichen Mehrheit abgelehnt.

Generationengerechtigkeit oder Täuschungsmanöver?

Opposition lehnt Regierungsvorschlag zur Schuldenbremse in der Landesverfassung ab

24. März 2010 – Mit Verweis auf schwarz-rote Beschlüsse aus 2005 in Berlin zur sogenannten Schuldenbremse will die Landesregierung entsprechende Regelungen in der Landesverfassung festschreiben (Drs. 14/10358). Man müsse sich eben schon heute auf die ab 2020 geltenden Vorgaben einstellen. Die Opposition von SPD und Grünen wandte sich gegen den Entwurf. Aus ihrer Sicht greife er angesichts aktueller „Rekordschulden“, einem „fehlenden Konzept“ zur Ausgabenkürzung sowie der Nichtberücksichtigung der Lage der Kommunen zu kurz. Dass angesichts hoher Schuldenlast gespart werden müsse, betonten aber alle Fraktionen im Landtag.

Der vorgelegte Gesetzentwurf greife die von der Bundes-SPD mitgetragenen Beschlüsse zur Schuldenbremse auf, erläuterte **Christian Weisbrich** (CDU). Ab 2020 gelte der Grundsatz des Haushaltsausgleichs ohne Kreditaufnahme. Darauf müsse sich das Land schon heute einstellen. Konkret bedeute dies, dass die Ausgaben in den nächsten Jahren deutlich langsamer wachsen müssten als die Einnahmen, man brauche jährliche Konsolidierungsbeiträge in Höhe von gut 500 bis 550 Millionen Euro. Dies habe die CDU-geführte Landesregierung von 2006 bis zur Wirtschaftskrise auch geschafft. Mit ihrer Ablehnung, die Schuldenbremse in die Verfassung aufzunehmen, stehe sich die SPD aus der Verantwortung für die Generationengerechtigkeit des Landeshaushalts.

Als „Ablenkungsmanöver“ von der Haushaltslage bewertete **Edgar Moron** (SPD) dagegen den Vorschlag der Landesregierung. Diese habe dem Land immerhin „den höchsten Schuldenstand unserer Geschichte“ beschert. Außerdem gebe es die Schuldenbremse bereits, nämlich durch die entsprechenden Beschlüsse des Deutschen

Bundestags. Schließlich sei der Gesetzentwurf der Landesregierung auch „von seiner Regelungsdichte völlig unzureichend“ und daher abzulehnen. **Moron** forderte, es müsse für den Fall schwerer Rezessionen Instrumente geben, um die Nachfrage anzustoßen, möglicherweise auch über Kredite. Zu berücksichtigen sei außerdem die Finanzlage der Kommunen. Er bot an, man könne in der kommenden Wahlperiode gemeinsam an neuen Regelungen arbeiten.

Die Schuldenbremse sei „die wesentlichste Änderung der Haushaltsverfassung seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland“, so **Angela Freimuth** (FDP). Im Bund hätten CDU/CSU, FDP und SPD sie gemeinsam beschlossen. Die zentrale Botschaft der FDP-Sprecherin: In Zukunft werde es „kein dauerhaftes Leben mehr über unsere Verhältnisse geben“. Mit dem Gesetzentwurf würden die neuen grundgesetzlichen Regelungen unmittelbar geltendes Landesrecht. Der heutige Artikel 83 der Landesverfassung würde ab 2020 ohnehin dem Bundesrecht und der Schuldenbremse widersprechen. Es gehe nun um eine

Richtungsentscheidung über eine „nachhaltige und generationengerechte Finanz- und Haushaltspolitik“. Für sie jedenfalls sei diese „alternativlos“, so **Freimuth**.

Über eine Schuldenbegrenzung hätten als erstes die Grünen diskutiert, betonte **Ewald Groth** (Grüne). Die aktuelle Initiative sei nur ein „Täuschungs- und Ablenkungsmanöver“ der Landesregierung, die nach schlechtem Wirtschaften nunmehr mit dem Sparen anfangen wolle. Wie sie zukünftig die Ausgaben senken und zu einer Konsolidierung kommen wolle, bleibe offen. Es gebe eine Lücke von jährlich rund 5 Milliarden Euro. Weil eine solche „unrealistische“ Schuldenbremse „reines Papier“ sei, lehnten die Grünen den vorgelegten „deklamatorischen“ Entwurf ab, wandten sich aber nicht generell gegen eine Schuldenbremse. Vielmehr forderten sie eine Regelung, die auch eine verfassungsrechtlich verankerte „Mindestausstattung“ für die Kommunen vorsehe.

Sonntags halte die Opposition „schöne Reden über generationengerechte Finanzpolitik“, so **Finanzminister Dr. Helmut Linssen** (CDU), jetzt stimme sie gegen die vorgelegte Schuldenbremse. Die Regierung habe 2008 quasi einen ausgeglichenen Haushalt erreicht und sei nun bei den Kommunal финанzen „aktiv in Richtung Berlin“ unterwegs. Eine Verknüpfung zwischen der Schuldenbremse und einer „Mindestausstattung der Kommunen“ könne es nicht geben, da diese unter dem Vorbehalt der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes stehen müsse, betonte **Linssen**. Die SPD verweigere die Zustimmung zum vorliegenden Gesetzentwurf nur deshalb, weil sie zur Verwirklichung ihrer Ziele Geld brauche. Die Schuldenbremse würde sie an „leeren Versprechungen“ hindern. **civ**

Die Verfassungsänderung wurde mit Regierungsmehrheit angenommen, konnte aber aufgrund der Gegenstimmen von SPD und Grünen nicht mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit verabschiedet werden.



Sozialwahlen 2011

44 Millionen Stimmberechtigte

Es sind – nach Europa- und Bundestagswahlen – die drittgrößten Wahlen der Republik, aber doch vielen unbekannt. Rund 44 Millionen Menschen sind alle sechs Jahre aufgerufen, die Selbstverwaltung der Sozialverwaltung zu wählen. Wenn auch die Gestaltungsmöglichkeiten der Selbstverwaltung in der Krankenversicherung, der Rentenversicherung und der Unfallversicherung begrenzt sind, so beinhalten sie doch – zum Beispiel bei den Krankenkassen – die Festlegung von Zusatzleistungen oder Bonusregeln. Die nächsten Sozialwahlen finden zwar erst 2011 statt, dennoch ließ sich der Sozialausschuss des Landtags schon jetzt vom Bundesbeauftragten **Gerald Weiß** (im Foto links neben dem Ausschussvorsitzenden **Günter Garbrecht**, SPD) informieren und dazu anspornen, für den Selbstverwaltungsgedanken zu werben.

Foto: Schälte



Auf der Regierungsbank:
Wirtschaftsministerin
Christa Thoben (CDU)



Christian Weisbrich (CDU)

Reiner Priggen (Grüne)



Fotos: Schälte

André Stinka (SPD)

Dietmar Brockes (FDP)

Der Unfall und die Ursachen

Faktionen streiten über Atomvorfall in Gronau

24. März 2010 – „Die Atomaufsicht des Landes muss vollständig über die Vorkommnisse im Fall Urenco informieren“, forderten die Grünen in einer Aktuellen Stunde. Sie kritisierten, Wirtschaftsministerin Thoben habe den Wirtschaftsausschuss des Landtags nicht korrekt über einen Unfall in der Uran-Anreicherungsanlage Gronau vom 21. Januar 2010 informiert. Zu dem Unfall war es gekommen, weil ein nach Gronau gelieferter Behälter aus Schweden, der als „gereinigt“ gekennzeichnet war, dennoch Restmengen eines radioaktiven Stoffs enthielt. Ein Mitarbeiter wurde beim Öffnen des Behälters einer Strahlendosis ausgesetzt. Während die SPD-Fraktion die Kritik der Grünen unterstützte, warfen CDU und FDP der Opposition Panikmache zu Wahlkampfzwecken vor.

Reiner Priggen (Grüne) erklärte, der Unfall in Gronau hätte verhindert werden können, wenn der Anlagenbetreiber Urenco und die Atomaufsicht im Vorfeld richtig gehandelt hätten. Aus den Lieferpapieren sei zu erkennen gewesen, dass der Behälter radioaktiven Stoff enthalten habe. Somit liege „ganz eindeutiges Fehlverhalten und Versagen der Eingangskontrolle bei Urenco“ vor, meinte Priggen. Es sei unverständlich, dass in der Anlage offenbar seit 25 Jahren keine Kontrollen von Behältern stattgefunden hätten, wie dies auch von Medien berichtet worden sei. Rückblickend müsse er feststellen, dass Ministerin Thoben den Wirtschaftsausschuss nach dem Unfall nicht richtig informiert habe, sagte Priggen.

„Sauer über den Umgang der Grünen“ mit dem Thema zeigte sich Christian Weisbrich (CDU). „Wenn in einem Kernkraftwerk ein Bild von der Wand fällt oder bei einem Zulieferer ein Behälter

schlampig gereinigt wird, dann ist das für die Grünen ein schwerer Störfall und ein Beleg für die Unbeherrschbarkeit der Kernenergie“, meinte er und fragte die Opposition: „Warum müssen Sie immer alles gleich skandalisieren?“ Ministerin Thoben habe im Wirtschaftsausschuss „völlig informativ“ über den Vorfall berichtet. Wenn es nicht nur in Schweden, sondern auch bei Urenco Schlampereien gegeben habe, werde das aufsichtsbehördliche Konsequenzen und Verfahrensänderungen nach sich ziehen, so der Christdemokrat.

André Stinka (SPD) hielt den Beitrag seines Vordrängers für „besorgniserregend“. Dieser habe gezeigt, „wie sorglos aus Reihen der CDU mit den Gefahren der Atomenergie umgegangen“ werde. Wieder müssten die Oppositionsfraktionen Aufklärungsarbeit leisten. Schließlich sei der Vorfall in Gronau nicht als „einzelner Fehler“, sondern als „organisatorisches Verschul-

den“ zu bewerten. Da der Behälter in Schweden offensichtlich falsch gekennzeichnet worden sei, könne nicht ausgeschlossen werden, dass weitere Behälter eine Gefahr darstellten. Ministerin

Thoben hätte die schwedischen Behörden unmittelbar informieren müssen, meinte Stinka. Für ihn zeige der Unfall, dass am Atomausstieg nicht gerüttelt werden dürfe.

Auf die Kritik der Opposition antwortete Dietmar Brockes (FDP), es sei „beschämend, dass diese „mit Angst Politik machen“ wolle. Bei dem Bericht von Ministerin Thoben am 27. Januar im Wirtschaftsausschuss habe es sich nur um eine „vorläufige Stellungnahme“ handeln können, da zu diesem Zeitpunkt der betroffene Raum in der Anlage noch nicht habe betreten werden dürfen. Die Landesregierung habe richtig auf den Vorfall reagiert und dem Betreiber neue Vorgaben gemacht, so dass dieser in Zukunft die „Waschprotokolle“ der gelieferten Behälter unbedingt kontrollieren und berücksichtigen müsse. In der Kritik der Oppositionsfraktionen sah Brockes den Versuch, „das Thema Kernenergie künstlich hochzujazzen“.

Die Ermittlungen seien noch nicht abgeschlossen, erklärte Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU). Eine „konsequente Aufklärung“ sei Anspruch der Landesregierung. Der betroffene Mitarbeiter habe keine Schäden davon getragen und seine Arbeit wieder aufnehmen können. Offensichtlich hätten die Sicherheitsvorgaben, die noch aus Zeiten der rot-grünen Landes- und Bundesregierung stammten, nicht ausgereicht, um den Vorfall zu verhindern. Die nun von der Atomaufsicht und der Landesregierung neu entwickelten Vorschriften für die Kontrolle der Behälter würden deutlich über internationales Transportrecht hinausgehen, betonte Thoben. Die Unterstellungen der Opposition seien „nicht akzeptabel“.

SW

Abgeschlossene Gesetzgebung

- am 9.-11. und 23.-25. März 2010 im Plenum entschieden

| DRS.-NR. | GESETZ | INITIATOR | ABSTIMMUNG IM PLENUM | BESCHLUSS |
|----------|--|-------------------------|--|---|
| 14/10799 | Sechstes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes | CDU, SPD, FDP, GRÜNE | 2. Lesung 23.3.2010 | angenommen |
| 14/10690 | Änderung des Gesetzes über die kommunalen Versorgungskassen und Zusatzversorgungskassen in NRW – VK-ZVKG | LANDESREGIERUNG | 2. Lesung 23.3.2010 | angenommen |
| 14/10641 | Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Übertragung von Zuständigkeiten im Zuge der Baurechtschaffung und Bauausführung für den Lückenschluss der Bundesautobahn A 1 zwischen Lommersdorf und Adenau | LANDESREGIERUNG | 2. Lesung 23.3.2010 | angenommen |
| 14/10585 | Gesetz zur Stärkung der Stadtwerke im Energiemarkt – Stadtwerkerettungsgesetz (StaRG) | GRÜNE | 2. Lesung 25.3.2010 | abgelehnt |
| 14/10536 | Gesetz zur Änderung gesetzlicher Befristungen im Zusammenhang mit der ländlichen Bodenordnung | LANDESREGIERUNG | 2. Lesung 9.3.2010 | angenommen |
| 14/10521 | Einführung einer Abgabe auf die Entnahme von Kiesen und Sanden in Nordrhein-Westfalen | GRÜNE | 2. Lesung 25.3.2010 | abgelehnt |
| 14/10406 | Hinterlegungsgesetz und Gesetz zur Änderung landesrechtlicher Vorschriften | LANDESREGIERUNG | 2. Lesung 9.3.2010 | angenommen |
| 14/10405 | Gesetz zur Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen | LANDESREGIERUNG | 2. Lesung 9.3.2010 | angenommen |
| 14/10358 | Gesetz zur Änderung der Verfassung NRW („Schuldenbremse“) | LANDESREGIERUNG | 2. Lesung 23.3.2010 3. Lesung 24.3.2010 | Mit Regierungsmehrheit angenommen, da aber die notwendige 2/3 Mehrheit nicht erreicht wurde, gilt der Gesetzentwurf als abgelehnt |
| 14/10149 | Gesetz zur Änderung des Landschaftsgesetzes und des Landesforstgesetzes, des Landeswassergesetzes und des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in NRW | CDU/FDP | 2. Lesung 10.3.2010 | angenommen |
| 14/10145 | Gesetz zur Änderung des Nachbarrechtsgesetzes – Änderung des § 23 Wärmedämmung und Einseitige Grenz wand | GRÜNE | 2. Lesung 10.3.2010 | abgelehnt |
| 14/10144 | Abschaffung der Studiengebühren | GRÜNE | 2. Lesung 23.3.2010 | abgelehnt |
| 14/10088 | Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes NRW (LPIG) und weiterer Vorschriften | LANDESREGIERUNG | 2. Lesung 10.3.2010 | angenommen |
| 14/10028 | Gesetz über die Sicherung und Nutzung öffentlichen Archivguts im Lande Nordrhein-Westfalen – (Archivgesetz Nordrhein-Westfalen ArchivG NRW) | LANDESREGIERUNG | 2. Lesung 9.3.2010 | angenommen |
| 14/9956 | Erstes Gesetz zur Änderung des Bau- und Liegenschaftsbetriebsgesetzes | LANDESREGIERUNG | 2. Lesung 10.3.2010 | angenommen |
| 14/9265 | Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen | GRÜNE | s. a. 14/10088 | abgelehnt |
| 14/272 | Änderung des Personalvertretungsgesetzes | SPD | 2. Lesung 25.3.2010 | abgelehnt |

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. In der elektronischen Fassung unter www.landtagintern.de finden Sie Links zu ausführlicheren Informationen. Diese werden in der Regel wöchentlich aktualisiert.

Foto: Schälte

Mehr Möglichkeiten für Stadtwerke?

Experten fordern bundesweit einheitliche Regelungen

3. März 2010 – Im Gegensatz zu anderen Bundesländern dürfen kommunale Stadtwerke in Nordrhein-Westfalen grundsätzlich nur innerhalb der Grenzen der eigenen Gemeinde wirtschaftlich tätig werden. Die Landtagsfraktion der Grünen will diese Beschränkung in puncto Stromversorgung aufheben und hat deshalb einen Gesetzentwurf (Drs. 14/10585) vorgelegt. Der Entwurf sieht vor, dass sich auf dem Energiemarkt Stadtwerke künftig wie Privatunternehmen betätigen können. In einer öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturenreform (Vorsitz Edgar Moron, SPD) nahmen Vertreter der Kommunen, Kreise, der Energiewirtschaft und Wissenschaft dazu Stellung.

Die nordrhein-westfälische Gemeindeordnung (GO) wurde im Herbst 2007 novelliert. Seitdem ist die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen in NRW mit ihren Stadtwerken an strengere Voraussetzungen gebunden. Mit dem Ziel, für mehr Wettbewerb auf dem Energiemarkt zu sorgen, hat das NRW-Wirtschaftsministerium daher kürzlich den Verwaltungsrechtler Prof. Martin Burgi mit der Erstellung eines Gutachtens beauftragt. Unter Hinweis auf dieses Gutachten will die Fraktion der Grünen mit ihrem Gesetzentwurf zur „Stärkung der Stadtwerke auf dem Energiemarkt“ erreichen, dass Stadtwerke auch außerhalb des Gemeindegebiets als Energieversorger auftreten können.

EUROPARECHTLICHE VORGABEN?

In der Anhörung wurde das Vorhaben der Grünen von allen Sachverständigen unterstützt. Die Vertreter des Städtetags, Städte- und Gemeindebunds und des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU) in NRW begrüßten den Gesetzentwurf ausdrücklich. Gemeinsam teilten sie die Auffassung, dass der Entwurf die notwendigen Anpassungen an das Energierecht sowie die europarechtlichen Vorgaben vornehme und die Voraussetzungen dafür schaffe, dass durch die Stadtwerke der Wettbewerb weiter gestärkt werden könnte. Davon ausgehend kritisierten sie den geltenden Paragraphen 107 der NRW-Ge-

meindeordnung, da dieser insbesondere für die in der Energieversorgung tätigen Unternehmen „massive Einschränkungen ihrer unternehmerischen Handlungsfreiheit und gravierende Nachteile im Wettbewerb“ mit sich bringe. „In NRW ist eine Liberalisierung des Marktes erforderlich“, so Jens Lattmann vom Städtetag Nordrhein-Westfalen.

Die geltenden Bestimmungen der NRW-Gemeindeordnung stießen auch bei dem Vorstandsvorsitzenden der Dortmunder Stadtwerke AG auf Kritik: „Das jetzige Gesetz ist unsinnig. Unter diesen Voraussetzungen würden wir auf Dauer vom Markt verschwinden“, betonte Guntram Pehlke. Dem schloss sich ebenso Andreas Schwarberg, Vorsitzender der Geschäftsführung der Stadtwerke Solingen, an: „Die Instrumente der Gemeindeordnung können mit der schnellen Veränderung am Markt gar nicht mithalten.“ Mit dem Gesetzentwurf und der damit verbundenen grundsätzlichen Zulässigkeit einer wirtschaftlichen Betätigung innerhalb und außerhalb des Gemeindegebietes würden Abgrenzungsschwierigkeiten vermieden und flexible Reaktionen auf das Marktgeschehen möglich, so die beiden Vertreter der Energiewirtschaft.

BUNDESEINHEITLICHE REGELUNG

Laut Andreas Gentsch vom Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. würde

sich die Stärkung eines vielfältigen, gleichberechtigten Wettbewerbs auf dem Energiemarkt positiv auf die Effizienz, Qualität sowie Quantität des Angebotes und der Produkte auswirken und käme somit den Verbraucherinnen und Verbrauchern zugute. Auch die Vertreter der Kommunen und Kreise waren sich einig darüber, dass der Gesetzentwurf den Wettbewerb auf dem Energiemarkt insgesamt stärken und sich für die Verbraucherinnen und Verbraucher in NRW entsprechend positiv auswirken würde: „Wettbewerb braucht Wettbewerber. Und Wettbewerber auf dem Energiemarkt sind gerade die Stadtwerke.“

Um Wettbewerbsgleichheit zu erreichen und damit auch nordrhein-westfälischen Stadtwerken die Möglichkeit zu eröffnen, sich marktgerecht zu verhalten, forderten die Experten eine rasche Novellierung der geltenden Gemeindeordnung sowie eine bundesweite Vereinheitlichung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für kommunale Unternehmen der Energiewirtschaft. „Wir haben nicht mehr viel Zeit, wir sind auf Handlungsspielräume angewiesen“, merkte Hermann Janing vom VKU in diesem Zusammenhang an. „Wünschenswert ist es, das Gesetz bundesweit zu vereinheitlichen. Das soll aber nicht dazu führen, dass das Gesetz auf die lange Bank geschoben wird“, so Stephan Keller vom Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen.

Gordana Zečić

+++ Meldungen +++

**Schulministerin Sommer:
Start des Islamunterrichts weiter offen**

17. März 2010 – Wie steht es um den Start des Islamunterrichts? Damit hat sich der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) beschäftigt. Trotz intensiver Bemühungen gebe es in NRW noch keinen bekenntnisorientierten Islamunterricht in deutscher Sprache, berichtete Schulministerin Barbara Sommer (CDU). Dies liege vor allem daran, dass bisher ein muslimischer Dachverband fehle. Allerdings habe die Regierung zumindest den Islamkunde-Unterricht deutlich von 65 Schulen im Schuljahr 2004/05 auf derzeit 133 Schulen ausgeweitet. Im kommenden Schuljahr würden weitere Lehrkräfte hierfür ausgebildet. Zum Religionsunterricht sei es „dann nur noch ein Sprung“. Die Opposition warf Sommer vor, ihre Ankündigungen nicht eingehalten und das lange bekannte Problem falsch eingeschätzt zu haben. Die Regierung hätte bei den gegebenen Schwierigkeiten ausweichend den Islamkunde-Unterricht noch stärker flächendeckend etablieren müssen. Thema der Sitzung war auch die Lehrerbedarfsprognose. SPD und Grünen warfen der Regierung vor, im Internet lediglich das Vorwort, aber nicht den Bericht von 2007 aktualisiert zu haben. Dies führe junge Menschen bei ihrer Berufswahl in die „Irre“. Ja, es gebe lediglich ein verändertes Vorwort, aber dieses sei „kein Schmeusevorwort“, sondern liefere alle relevanten Zahlen, verteidigte Sommer. Ein komplett neuer Bericht sei vorerst nicht notwendig, da die Inhalte aufgrund einer im Jahr 2007 erstmals angewandten differenzierteren Methode noch aktuell seien.

**West LB: Erneut Streit um
Kontrollrecht des Parlaments**

18. März 2010 – Der **Haushalts- und Finanzausschuss** (Vorsitz Anke Brunn, SPD) hat anlässlich eines Antrags der SPD (Drs. 14/10520) erneut über das Kontrollrecht des Parlaments bezüglich der Konsolidierung und Neuausrichtung der West LB diskutiert. Das Parlament habe ein Recht auf Information, gerade angesichts der enormen Belastung des Haushalts rund ums Thema West LB, so die Opposition. Dazu sei eine parlamentarische Kontrollkommission nötig, damit der Grad der Transparenz nicht vom Wohlwollen des jeweiligen Finanzministers abhängt. „Ich habe Sie jederzeit informiert“, entgegnete Finanzminister Helmut Linszen (CDU). Ohne Zweifel habe das Parlament ein „hohes Informationsbedürfnis“ über die Arbeit der Ersten Abwicklungsanstalt (EA).

Eine Kommission, wie von der SPD beantragt, sei jedoch ohne Zusatznutzen. Stattdessen schlug die Koalition der Regierung den Haushalts- und Finanzausschuss als geeigneten Ort vor, die Abgeordneten regelmäßig über die Konsolidierung zu informieren. Der SPD-Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und FDP abgelehnt. Darüber hinaus berichtete Linszen über den aktuellen Stand zur EA. Diese sei noch im Aufbau, eine endgültige Struktur gebe es noch nicht. Fest stehe jedoch, dass die Anstalt bis zum 30. April 2010 die noch ausstehenden Risikopapiere rückwirkend zum 1. Januar 2010 übernehmen werde. Die Gesamtsumme des EA-Portfolios betrage dann rund 85 Milliarden Euro.

**Bilanz des Unterausschusses
Bergbausicherheit: Zwei Schlichtungsstellen**

17. März 2010 – Eine positive Bilanz seiner Arbeit in dieser Wahlperiode hat der **Unterausschuss Bergbausicherheit** (Vorsitz Josef Hovenjürgen, CDU) des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Energie gezogen. Als Ergebnis von partei-

Illustration: Peter Flock



übergreifender, konstruktiver Arbeit, wie alle Fraktionen betonten, sind zwei Schlichtungsstellen entstanden, an die sich Menschen, die von Folgeschäden des Stein- oder Braunkohlenbergbaus betroffen sind, wenden können, um ihre Rechte zu vertreten und Kompromisse mit Bergbauunternehmen zu finden. Nach Aussage Hovenjürgens bewerteten sowohl der Ausschuss wie die Betroffenen als auch die Bergbauunternehmen die Arbeit der Schlichtungsstelle, die sich um Bergschäden infolge des Steinkohlenbergbaus kümmert, als „vollen Erfolg“. Die zweite Schlichtungsstelle zur Braunkohle soll ihre Arbeit in Kürze aufnehmen. Die Aufgabe, sich um den Schutz der Bevölkerung in den vom Bergbau betroffenen

Gebieten zu kümmern, hat der Ausschuss in dieser Legislaturperiode erstmals aufgetragen bekommen. Diese Neuausrichtung bewerteten alle Fraktionen positiv. Auch zur Arbeitssicherheit für Bergleute in Nordrhein-Westfalen konnte der Ausschussvorsitzende von einer positiven Entwicklung berichten.

**Untersuchungsausschuss:
Abschlussbericht angenommen**

16. März 2010 Der **Parlamentarische Untersuchungsausschuss II** (Vorsitz Thomas Kutschaty, SPD) hat seinen Abschlussbericht fertiggestellt. Der Ausschuss hatte schwerpunktmäßig den Auftrag, die Vorgänge im Umweltministerium zu untersuchen, in deren Verlauf die Vorwürfe und Anschuldigungen gegen einen ehemaligen Abteilungsleiter vorgebracht wurden, die dann zu seiner Entlassung sowie der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen ihn geführt hatten. Insbesondere ging es auch um das Handeln des Ministeriums beziehungsweise der Justizbehörden.

**Missbrauchsfälle: Regierung kündigt
Analyse der Heimerziehung an**

18. März 2010 – Mit den Problemen der Heimerziehung in der Nachkriegszeit hat sich der **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** (Vorsitz Andrea Milz, CDU) beschäftigt. Anlass war ein Bericht der Landesregierung über die Arbeit des dazu Anfang 2009 eingerichteten Runden Tisches auf Bundesebene. Etwa 800.000 Kinder hätten in den 50er- und 60er-Jahren deutschlandweit in Heimen gelebt. Vielen von ihnen sei Leid und Unrecht zugefügt worden. Dies sei weniger auf einzelne Personen, als auf ein „mangelhaftes System“ zurückzuführen. Rund 1.000 Betroffene haben sich laut Regierung mittlerweile in NRW gemeldet. Schlussfolgerungen aus der Arbeit des Runden Tisches für NRW gebe es aber erst zum Ende des Mandats im Dezember. Angesichts der aktuell bekannt gewordenen Fälle sexuellen Missbrauchs sei es allerdings notwendig, die Heimerziehung qualitativ zu analysieren. „Wir können einfach nicht mehr warten“, meinte die Opposition. Manche Betroffene der Nachkriegsjahre seien mittlerweile schon relativ alt. Gleichzeitig forderten die Grünen, dass sich die beiden Landschaftsverbände als Heimaufsicht und als Träger bei den Opfern entschuldigten.

Kinder im Fernsehen

Medienpolitik zwischen Schutzrechten und Pressefreiheit



Foto: Schälte

4. März 2010 – Spiel, Lernen, oder Arbeit? Dass Kinder bei Medienproduktionen mitmachen, wird durchaus unterschiedlich bewertet. Dies hat eine Anhörung im Familienausschuss (Vorsitz Andrea Milz, CDU) gezeigt, die auf Antrag der Grünen (Drs. 14/9425) stattfand. Streit gab es vor allem über neue Medienformate, die vorgeben, dokumentarisch angelegt zu sein. Dabei bestimmten zwei entgegenstehende Grundrechte die Debatte: der Schutz der Menschenwürde und die Freiheit der Presse.

Die Wahrnehmung des Kinderschutzbundes und die der Produzentenseite klappte auseinander, meinte Friedhelm Güthoff vom Landesverband NRW des Deutschen Kinderschutzbundes. Er sehe die Rechte der Kinder durchaus bedroht, denn Kinder würden häufiger als „Objekt“ ohne Intimsphäre denn als mitwirkendes Subjekt gesehen. Notwendig sei eine Novellierung des Jugendarbeitsschutzgesetzes und – vor allem bei Kindern unter drei Jahren – eine frühzeitige Beteiligung der Aufsichts- und Genehmigungsbehörden wie auch der Jugendämter. Zudem gelte es, den täglichen zeitlichen Einsatz für solche Fälle gesetzlich zu regeln sowie Eltern für mögliche Probleme während der Produktion, aber auch nach der Ausstrahlung zu sensibilisieren, so Güthoff.

Seine Kollegin Marlis Herterich betonte, dass „Reality Shows“ eben nicht die Realität abbildeten und „Doku-Soaps“ eben keine Dokumentationen seien. Alles sei „fiktiv, gescriptet und gecastet“ und zeige Kinder nicht in ihrer natürlichen Situation. Allerdings seien 12-Jährige heute durchaus erwachsener als ihre Altersgenossen vor 25 Jahren. Auch deshalb sei die geforderte Gesetzesreform „überfällig“.

„Alles, was wir im Fernsehen sehen, ist irgendetwas inszeniert“, stimmte Norbert Schneider von der Landesanstalt für Medien NRW zu. Gleichzeitig gelte aber auch für Produktionen, an denen Kinder beteiligt seien, das Grundrecht auf Pressefreiheit. Begrenzungen erforderten deshalb einen „außerordentlichen Begründungsaufwand“, zumal Verletzungen der Men-

schwürde gerichtlich relativ schwer nachweisbar seien. Schneider plädierte daher dafür, dass zunächst nicht der Gesetzgeber, sondern alle Beteiligten die Fragen des Kinderschutzes klären sollten.

Konkreten Änderungsbedarf insbesondere beim Jugendarbeitsschutz sah hingegen Sebastian Gutknecht von der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW. Dies gelte vor allem bei der Beteiligung von unter Dreijährigen. Hier sei eine vorherige Genehmigung, Begleitung durch Bezugspersonen und Überprüfung notwendig. Zudem müsse der Drehplan vorab „kleinteilig“ abgesprochen werden. Problematisch sei, dass für diese Kinder der Begriff der „Weisungsgebundenheit“ nicht gelte und dadurch das Arbeitsrecht nicht anwendbar sei. Gutknecht schlug daher vor, den Jugendarbeitsschutz um den Begriff der „Medienarbeit“ zu erweitern. Zudem könne eine neu einzurichtende „Fach- und Auskunftsstelle“ zwischen der staatlichen Verantwortung und wirtschaftlichen Interessen der Produktionsfirmen vermitteln.

„Kinder müssen vor Ort, während der Produktion geschützt werden.“ Birgit Theis, Berufsvereinigung Medienpädagogischer Fachkräfte, hob dabei die Weisungsunabhängigkeit der in NRW vorgeschriebenen medienpädagogischen Fachkräfte hervor. Dass dieses Modell funktioniere, zeige auch das Interesse der Produzenten, diese Regelung bundesweit auszudehnen. Theis kritisierte, dass „Doku- und Realityformate“ weitgehend aufsichts- und kontrollfrei stattfänden.

„Wir machen gesellschaftlich relevantes Fernsehen.“ Mit dem Hinweis auf hohe Einschaltquoten gerade bei jungen Frauen unter 30 Jahren begründete der RTL-Jugendschutzbeauftragte Dieter Czaja die ausgestrahlten Doku-Soaps, bei denen auch Kinder mitspielten. Dies sei notwendig, um junge Menschen auf einen eigenen Haushalt vorzubereiten. Man müsse die Lebenswirklichkeit im Fernsehen dokumentarisch zeigen dürfen. Eine hierfür vorgeschriebene Genehmigung sei mit der Pressefreiheit nur schwer vereinbar. Und bei einer Doku – so auch der Produzent Sebastian Remmel – sei die vorherige Festlegung eines Drehplans grundsätzlich nicht möglich.

Jede Regulierung wirke sich auf die Produktion aus, argumentierte auch Siegmund Grewenig vom Westdeutschen Rundfunk. Die heutige Sicherung des Kindeswohls funktioniere immerhin in 99 Prozent aller Fälle. Auch aufgrund der Identifikationsmöglichkeiten für andere Kinder müsse es möglich sein, dass diese im Fernsehen zu sehen seien. Grewenig betonte hinsichtlich des Schutzes von unter Dreijährigen ebenfalls, der Kontakt mit den Eltern sowie die psychologische Nachbereitung seien wichtig. cw

Unions-Innenexperten verabschieden

„Düsseldorfer Erklärung“ zur Stärkung der Inneren Sicherheit



„Bedrohung der Inneren Sicherheit durch extremistischen und islamistischen Terrorismus“ – dieses Thema stand im Mittelpunkt einer Tagung, zu der die Innenpolitischen Sprecher von CDU und CSU in Bund und Ländern Anfang März im Düsseldorfer Landtag zusammentrafen. Besondere Aktualität erhielt der Themenkomplex durch zwei Gerichtsentscheidungen, die unmittelbar vor Beginn der Tagung ergangen waren: zum einen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Vorratsdatenspeicherung, zum anderen die Urteile im Sauerland-Prozess.

Mit dem Präsidenten des Bundeskriminalamts Jörg Ziercke (Foto r.) und dem Geheimdienstkoordinator der Bundesregierung Günter Heiß (l.) konnte Theo Kruse, Innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion NRW, gleich zwei hochkarätige Gäste in Düsseldorf begrüßen. Beide warnen in ihren Vorträgen vor der anhaltenden Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus. Die Gefahr sei nicht gebannt, Deutschland stehe nach wie vor im Visier von Terroristen, wobei – wie im Fall der Sauerland-Gruppe – das Phänomen des „Homegrown-Terrorismus“ verstärkt in den Fokus der Dienste rücke.

In einer gemeinsam verabschiedeten „Düsseldorfer Erklärung“ sprachen sich die Innenexperten der Union in Bund und Ländern dafür aus, die bewährten polizeilichen Maßnahmen angesichts der veränderten Situation und Be-

drohungslage stetig fortzuentwickeln, um den Feinden der Demokratie und einer freien Gesellschaft entsprechend begegnen zu können. Nur eine wehrhafte Demokratie, so heißt es in dem Papier, könne die Freiheit und Sicherheit ihrer Bürger gewährleisten. „Wir brauchen wirksame Präventionsstrategien, um religiös motiviertem Terrorismus die Wurzeln zu entziehen“, so eine weitere Forderung.

Auch das Ausländerrecht soll nach dem Willen der Unions-Innenexperten nachgebessert werden: Ausländische Straftäter, die zu einer Gefängnisstrafe von mindestens einem Jahr ohne Bewährung verurteilt worden sind, sollen unmittelbar nach Verbüßung der Strafe ausgewiesen werden können, sofern ihnen im Heimatland nicht schwerwiegende Repressalien oder gar die Todesstrafe droht. Diese Forderung der Innenexperten zielt auf eine Änderung im Ausländergesetz, das bislang eine Ausweisungspflicht erst ab einer Freiheitsstrafe von drei Jahren ohne Bewährung vorsieht. ■

Romberg: Alkoholmissbrauch bekämpfen

Die FDP setzt sich für bessere Hilfen für alkoholgefährdete und alkoholranke Menschen ein. Stefan Romberg (Foto), gesundheitspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, fordert intensivere Anstrengungen gegen Alkoholmissbrauch: „Unverzichtbar sind Verbesserungen bei der Umsetzung des Jugendschutzes durch Polizei und Ordnungshüter.“ Darüber hinaus hält die FDP es für notwendig, die Früherkennung in Hausarztpraxen und Allgemeinkrankenhäusern weiter zu verbessern.

In den vergangenen Jahren hat in NRW die Zahl alkoholbedingter Behandlungen in Kliniken deutlich zugenommen. Nach Angaben der Krankenkassen waren im Jahr 2008 rund 3.100 Kinder zwischen 12 und 14 Jahren wegen Alkohol in stationärer Behandlung. Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Anstieg von 25 Prozent. Insgesamt mussten sich 75.000 Menschen in NRW-Kliniken wegen übermäßigen Alkoholkonsums behandeln lassen. „Alkoholbedingte Behandlungen liegen damit nur knapp hinter der Herzinsuffizienz“, sagt Romberg.

Entziehungskuren, die nur die körperliche Entwöhnung zum Ziel haben, greifen aus Sicht

der FDP jedoch nicht weit genug. Multiprofessionelle Behandlungszentren und interdisziplinäre Therapien können bei dauerhaftem und übermäßigem Alkoholkonsum lebensrettend sein. Eine intensivere psycho-soziale Betreuung der Abhängigen ist notwendig, um den Betroffenen ganzheitliche und nachhaltige Hilfe zur Entwöhnung anzubieten. Diese Behandlungen sollten wohnortnah angeboten werden. Sogenannte Trinkräume einzurichten, wie derzeit in Dortmund geplant, halten die Liberalen für nicht sachgerecht. „Solche Räume fördern das Elend alkoholabhängiger Menschen“, betont Stefan Romberg.



Die FDP setzt sich dafür ein, dass die wirksame Aufklärung über die Folgen von Alkoholmissbrauch weiter intensiviert wird. Dazu sollte

gemeinsam mit den Akteuren auf kommunaler Ebene eine landesweite Präventionskampagne für die besonders gefährdeten Zielgruppen der Jugendlichen und älteren Menschen konzipiert werden. „Es ist dringend notwendig, das Hilfesystem für alkoholranke Menschen zu verbessern, um ihnen den Ausstieg aus der Sucht zu ermöglichen und starke körperliche Schäden zu vermeiden“, erklärt Romberg, der selbst praktizierender Arzt ist. ■



23. April 2010: Traditioneller Arbeitnehmerempfang der SPD-Fraktion im Landtag



Am Freitag, 23. April 2010, findet kurz vor dem Tag der Arbeit der traditionelle Arbeitnehmerempfang der SPD-Fraktion im Landtag statt. Fraktionschefin Hannelore Kraft hat wie im vergangenen Jahr auch zahlreiche Betriebs- und Personalräte in die Wandelhalle eingeladen. Stand bei den Reden und Gesprächen im vergangenen Jahr noch die Kritik an der schwarz-gelben Koalition und an ihrer Ideologie des „Privat vor Staat“ im Mittelpunkt, wird diesmal eine gute Politik für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen im Zentrum der Gespräche stehen. Hannelore Kraft: „Die SPD setzt ein klares Stoppsignal gegen den Weg in die Dumpinglohngesellschaft und gegen unsichere Arbeitsverhältnisse. Wir werden entschlossen gegen den ausufernden Missbrauch bei der Leih- und Zeitarbeit vorgehen. Und die SPD kämpft für einen sozialen Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose mit unüberwindbaren Vermittlungshemmnissen, die derzeit keine Chance auf einem regulären Arbeitsmarkt haben.



Hannelore Kraft beim Arbeitnehmerempfang 2009

Darüber hinaus wollen wir Sozialdemokraten einen Politikwechsel: Für den Erhalt von Arbeitnehmerrechten und mehr Mitbestimmung

im Öffentlichen Dienst. Nordrhein-Westfalen muss wieder zum Mitbestimmungsland Nummer eins in Deutschland werden.“ ■

Nach vier Jahren PFT-Skandal: Die Ruhr ist nicht rein!



Die Ruhrwasserqualität ist in NRW von besonderer Bedeutung. Denn: Aus der Ruhr werden rund fünf Millionen Menschen mit Trinkwasser versorgt. Im Jahr 2006 ist der PFT-Umwelt-skandal an der Ruhr ans Tageslicht gekommen. PFT, das im Verdacht steht, Krebs zu erregen, ist nicht nur bis ins Trinkwasser gelangt, sondern wurde auch im Blut und in der Muttermilch der Menschen nachgewiesen. Weitere problematische Konzentrationen von gefährlichen Stoffen (TOSU, Komplexbildner) wurden in der Folge gefunden. Die Landesregierung startete daraufhin zwar öffentlichkeitswirksame Aktionen, doch nach vier Jahren musste die grüne Landtagsfraktion nun anhand von aktuellen Daten eine ernüchternde Bilanz ziehen.

Vergleicht man die Ankündigungen mit der aktuellen Belastung der Ruhr, muss man leider feststellen, dass kaum ein Fortschritt erreicht wurde. Nach wie vor beweisen die Messungen für die Jahre 2007 bis 2009, dass weiterhin jeden Tag 200 g bis 300 g PFT die Ruhr belasten. Eine

genauere Ursachen-Analyse ergibt, dass die stärkste Belastung auf Kläranlagen und die dahinterliegenden industriellen Einleiter zurückzuführen ist. Bei den kommunalen Kläranlagen haben keine entscheidenden Schadstoffverminderungen stattgefunden. In den wichtigen Kläranlagen, die den größten PFT-Anteil hatten – wie die Kläranlage Iserlohn-Barbachtal und die Kläranlage Rahmedetal – hat es sogar noch deutliche Anstiege gegeben. Und PFT ist nur ein Stoff von vielen, die nicht nur im Ruhrwasser, sondern auch im Trinkwasser selbst nachgewiesen werden. Der Fund von Flammschutzmitteln, Arzneimitteln oder Röntgenkontrastmitteln macht deutlich, dass beim Lebensmittel Nummer eins dringender Handlungsbedarf besteht.



Foto: Fotolia

Die bisherigen freiwilligen unverbindlichen Vereinbarungen von Umweltminister Uhlenberg mit der Wirtschaft zeigen – insbesondere in den besonders wichtigen Fällen – keine Erfolge und reichen zum Schutz von Menschen und Umwelt nicht aus. Aus GRÜNER Sicht muss endlich das Wasserrecht konsequent angewandt werden. Dazu gehören rechtlich festzusetzende Einleitungsbegrenzungen für die Kläranlagen und die industriellen Einleiter. Auch brauchen wir „gläserne Abwasserrohre“, ein sogenanntes öffentliches Abwasser-Kataster der über 14.000 Einleiter im Einzugsgebiet der Ruhr. Nach vier Jahren PFT-Skandal muss die Zeit des Kuschelns mit der Industrie vorbei sein. Die Menschen erwarten zu Recht, dass der Staat das Grundrecht auf „Gesund Leben“ auch durchsetzt. ■

Bürgernahes Parlament

In dieser Legislaturperiode hat der Landtag nicht nur viel gearbeitet, sondern sich auch den Menschen geöffnet

Was macht die Arbeit eines Parlaments aus? Sich Gedanken um beste Lösungen zu machen, um Ideen und Konzepte zu streiten und unermüdlich an der Sache zu arbeiten, ist nur die eine Seite. Die politischen Pläne und Initiativen können aber nur Akzeptanz finden, wenn die Abgeordneten wissen, wie die Welt „da draußen“ aussieht, wenn die Politik den Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern sucht und hält. In beiderlei Hinsicht hat diese Legislaturperiode neue Maßstäbe gesetzt.

207 Gesetze hat der Landtag in dieser 14. Legislaturperiode von 2005 bis 2010 verabschiedet (Stand März 2010). In 1.594 Plenar- und Ausschusssitzungen haben die Abgeordneten 1.103 Anträge und insgesamt 244 Gesetzentwürfe beraten sowie in 255 öffentlichen Expertenanhörungen Fachleute aus Wirtschaft, Wissenschaft, Verbänden, Gewerkschaften, aus der Praxis, aus den Kommunen und aus anderen Bundesländern um ihre Einschätzung gebeten. Unter anderem mittels 44 Großer und 3.830 Kleiner Anfragen haben die Abgeordneten ihre Kontrollfunktion gegenüber der Regierung wahrgenommen. Die parlamentarische Arbeit bezog sich auf eine große Bandbreite an Themen. Im Zeichen der Wirtschaftskrise konzentrierten sich dabei viele Initiativen auf Fragen rund um Wirtschaft, Arbeit und Finanzen.

HERZLICH WILLKOMMEN!

Um die politischen Aktivitäten zu erden, hat der Landtag sich den Bürgerinnen und Bürgern im Land grundsätzlich mehr geöffnet. Schließlich sind sie es, die die Volksvertreterinnen und -vertreter gewählt haben. Der Landtag ist geradezu das Haus der Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens. Hier sind sie willkommen – um, vom Besucherdienst gut vorbereitet, Plenardebatten zu verfolgen, um mehr über die Arbeit des Parlaments zu erfahren, um das architektonisch und künstlerisch reizvolle Gebäude und die Geschichte des Landesparlaments besser kennenzulernen, vor Ort zu sehen, wo und wie die Parlamentsarbeit vonstatten geht, oder um Abgeordnete zu treffen. Rund 350.000 Bürgerinnen und Bürger hat der Landtag in dieser Wahl-

periode eingeladen. Seit 2006 öffnet er zudem von Frühjahr bis Herbst auch sonntags seine Pforten, um von Gästen auf eigene Faust oder in geführten Rundgängen erkundet zu werden.

KINDER UND JUGEND

Dabei bezieht sich diese Offenheit nicht nur auf Erwachsene: Knapp 100.000 Schülerinnen und Schüler waren unter den 350.000 Gästen. Der Landtag hat erkannt, dass die heutigen Kinder und Jugendlichen die Zukunft der Demokratie sind. Damit sind sie elementar wichtig. Um schon früh ihr Interesse für Politik und Demokratie zu wecken, um Politik verstehbar und erfahrbar zu machen, richtet der Landtag sich mit speziellen, zielgenau zugeschnittenen Besuchsprogrammen im Parlamentsgebäude, mit Schulbesuchen und zahlreichen Veranstaltungen an den Nachwuchs. Der Jugend-Landtag ist da nur eines von vielen Beispielen.

BEGEGNUNGEN

Einen guten Kontakt pflegt der Landtag aber nicht nur mit Jugendlichen. Im Rahmen von Veranstaltungen, Diskussionen und Begegnungen sind ebenso die verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen im Parlamentsgebäude präsent. Die Abgeordneten nehmen sich bewusst Zeit, um sich mit Vereinen und Verbänden, mit Vertreterinnen und Vertretern der unterschiedlichsten Institutionen und Organisationen auszutauschen und die Politik rückzukoppeln. Das Parlamentsgebäude ist zu einem Ort der Begegnungen geworden, die Früchte tragen.

EUROPÄISCHER KONTEXT

Nicht wenige Anregungen nimmt der Landtag auch aus seinem engagierten Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern anderer Länder und Staaten mit in die politische Arbeit. Die internationalen Kontakte werden kontinuierlich und gut gepflegt, sowohl im Düsseldorfer Parlamentsgebäude als auch vor Ort im Ausland. Sie sind Teil der Verantwortung für ein friedliches Miteinander, der sich der Landtag stellt. Die enge Zusammenarbeit hilft, einander besser zu verstehen, Netzwerke zu knüpfen und Brücken zu bauen – so dass Gräben erst gar nicht entstehen können. Schließlich agiert Nordrhein-Westfalen nicht im luftleeren Raum. Nicht nur innerhalb der Bundesrepublik, auch innerhalb der immer wichtiger werdenden Europäischen Union positioniert sich der Landtag und sucht die Zusammenarbeit mit europäischen Institutionen.

MODERNE BEDINGUNGEN

Während die Abgeordneten an den Themen arbeiten, sorgt der Landtag parallel dafür, dass die Parlamentsarbeit modern, zeitgemäß und effizient stattfinden kann. Mit dem Anbau des Parlamentsgebäudes beispielsweise soll es möglich werden, zentrale Bereiche der Landtagsverwaltung, die derzeit in angemieteten Dependancen untergebracht sind, wieder ins Haupthaus zurückzuholen. Auch für die Parlamentsarbeit selbst stehen Änderungen an: Der Landtag hat sich auf den Weg gemacht, um im digitalen Zeitalter verstärkt mit elektronischen Dateien und weniger mit Papier zu arbeiten. SOW

Porträt: Helmut Stahl (CDU)



Der Mann hat ein Faible für die Zukunft. „Der Aufbruch zum Neuen hat mich immer fasziniert“, schwärmt CDU-Fraktionsführer Helmut Stahl beim weiten Blick über den Rhein. Die eigene Zukunft hat der Bonner nun wieder in die eigene Hand genommen: Im Mai 2010 verlässt der Politiker die Kommandobrücke der Union im Düsseldorfer Landtag. „Der Kopf ist voller Fantasien, was ich machen könnte.“ Eins ist sicher: Der leidenschaftliche Vogelkundler gewinnt nach dem Schlussstrich unter die 80-Stunden-Wochen im Terminkalender endlich mehr Zeit für sein Hobby.

Dabei verläuft der Abschied von der Fraktionsführung nicht ohne Wehmut. „Es war eine 51:49-Entscheidung“, erinnert sich Helmut Stahl an die langen Gespräche mit seiner Frau. „Das macht etwas im Bauch, wenn etwas endet.“ Die Phase des Berufspolitikers will der 62-Jährige auslaufen lassen, Politik aber bleibt die große Leidenschaft. Dabei ist Helmut Stahl nie der Archetypus eines Politikers wie Helmut Kohl gewesen, der die Menschen mit seiner zupackenden Rhetorik in den Sälen auf die Tische trieb. „Die Abteilung Attacke ist nicht meins“, weiß der freundliche Politiker mit den spitzbübisches funkelnden Augen. „Wenn es notwendig ist, mache ich meinem Namen aber alle Ehre.“ Das haben aufmüpfige Christdemokraten im kleinen Kreis überrascht erfahren müssen.

Im politischen Alltagsgeschäft greift Helmut Stahl lieber zum Florett als zum Säbel. „Man sagt mir nach, dass ich auch unter Stress ein freundlicher Mensch bleibe.“ Seit 2005 hält Stahl seinem Freund Jürgen Rüttgers in der CDU-Fraktion den Rücken frei. Als Spitzenbeamter und Staatssekretär hat der „treue Knappe“ dem damaligen Minister Rüttgers schon im Zukunftsministerium gedient, nach dem Regierungswechsel 1998 scheiterte Stahl ein Jahr später knapp als CDU-Kandidat für das Amt des Bonner Oberbürgermeisters. Rüttgers holte sich den loyalen Unionspolitiker danach als Parlamentarischen Geschäftsführer der Landtagsfraktion – fünf Jahre später war Rüttgers Ministerpräsident und Helmut Stahl Fraktionsvorsitzender.

Der Bonner hatte die Wahl. Stahl hätte nach den erfolgreich organisierten Koalitionsverhandlungen auch Minister und Chef der Staatskanzlei werden können. Der Diplom-Volkswirt entschied sich für die Fraktionsführung, weil er hier mehr Gestaltungsmöglichkeiten für sich sah. „Eine tolle Zeit, wir haben etwas vorangetrieben“, erinnert sich der Christdemokrat an Schulreformen, neue Ladenöffnungszeiten, Hochschulgesetz und erste Erfolge im Bürokratieabbau. An der Nahtstelle zum Koalitionspartner FDP hat Stahl Streitfragen früh ausdiskutiert. „Bevor etwas ins Kabinett kommt, wird geprüft, was man sich gegenseitig zumuten kann.“ Das Zauberwort lautet: Verlässlichkeit. „Wir haben es besser gemacht als die Berliner“, betont Stahl selbstbewusst. Das schließt nicht aus, dass es auch in der Düsseldorfer Koalition mal ruckelt. „In der FDP sind andere Menschen als in der CDU.“ Deshalb lebt Stahl in der Politik sein Motto: „Vom Ende her denken.“ Bei allem Hader muss die Regierung das gemeinsame Ziel im Auge behalten.

Die eigene CDU-Landtagsfraktion hat Anstieher Stahl immer wieder mit Neuerungen überrascht: Regelmäßig wurden strategische Positionspapiere für den Blick in die Zukunft erarbeitet. Werkstattgespräche etwa zum Thema „Sterben in Würde“ trafen auf bundesweites Interesse. „Man bleibt im Kontakt mit den Menschen. Das sind meist unglaublich spannende Geschichten.“ Stahl schätzt den Blick in die Augen – auch wenn es mal stürmischer wird. „Ich gehe auf die Leute zu und spiele nicht über Bande.“

Der gebürtige Olper verfolgt beharrlich seine Ziele, findet aber meist in den hitzigsten Debatten noch freundliche Worte. Als das umstrittene Kinderbildungsgesetz (KiBiz) nach langen Diskussionen unter Dach und Fach war, zog der Vogelkundler sein Fazit: „Der Kibiz ist ausgebrütet. Es gab viel Unruhe in der Vogelkolonie.“ Und auch der politische Gegner muss sich auf freundliche Anleihen des Lyrik-Konsumenten einrichten. Seiner SPD-Kollegin Hannelore Kraft gab Stahl zum Abschluss der Etat-Rede in Anlehnung an Wilhelm Busch den nicht böse gemeinten Rat mit auf den Weg: „Wenn eine, die mit Mühen kaum / geklettert ist auf einen Baum / schon meint, dass sie ein Vogel wär / so irrt sie sehr.“ Da mussten auch SPD-Genossen schmunzeln.

Nun also gewinnt der fröhliche Rheinländer mit den Sauerländer Wurzeln die Zeit für die Ornithologie. Nicht nur in der Politik kennt sich Stahl bestens aus mit Paradiesvögeln, komischen und Pechvögeln. In Namibia hat der Vogelkundler in diesem Jahr fast 70 Vögel neu für seine Erlebnisgalerie entdeckt. Auf eins wird der agile CDU-Politiker nach der Landtagswahl im Mai verzichten müssen: den herrlichen Blick auf den Rhein von der Terrasse des Büros im Landtag.

Wilfried Goebels

Schnellschreiben im Landtag

Rund 350 Silben pro Minute schreiben sie, die Stenografinnen und Stenografen des Landtags. Jede Plenarsitzung wird wortwörtlich mitprotokolliert. Aber auch in Ausschusssitzungen sind sie dabei. Man unterscheidet zwischen dem „rein wörtlichen Protokoll“ (bei Untersuchungsausschüssen), dem überarbeiteten „Wortprotokoll“ (bei Plenarsitzungen) sowie dem zusammenfassenden „analytischen Protokoll“. Die Protokolle über öffentliche Sitzungen sind auf der Website des Landtags einsehbar.

Zurzeit arbeiten zwölf Stenografinnen und Stenografen sowie ein Anwärter im Landtag. Verwendet wird hauptsächlich die Deutsche Einheitskurzschrift (DEK), doch haben alle noch ihre eigenen Kürzungen für besonders häufig zu notierende Formulierungen wie „Meine sehr geehrten Damen und Herren“. Bei Plenarsitzungen ist jede Fachkraft 7 1/2 Minuten im Saal, bevor sie abgelöst wird, die Mitschrift dann in Langschrift überträgt und somit für den „normalen“ Leser verständlich macht. Diese Arbeitsweise führt dazu, dass bereits zwei bis drei Stunden nach Sitzungsende das Protokoll vorliegt.

Parlamentsgeschichtlich bildet der Stenografische Dienst den Ursprungskern jeder Landtagsverwaltung. Aber auch im 21. Jahrhundert, bei allen Möglichkeiten der digitalen Aufzeichnung, sind Mitschriften immer noch vonnöten. Zum einen sind die Haltbarkeit und spätere Lesbarkeit der elektronisch aufgezeichneten Daten zweifelhaft, zum anderen nähme es wesentlich mehr Zeit in Anspruch, die Tondateien nachträglich schriftlich zu übertragen. Zwischen Mensch und technischem Fortschritt besteht also keine Konkurrenz.

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinther, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Sonja Wand (sow, Redakteurin), Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion) Redaktionelle Mitarbeit:

Sebastian Wüwer (sw, Europa), Doro Dietsch (dd, Jugend), Daniela Braun (bra, Trainee) Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs), Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Johannes Remmel MdL (Grüne), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Rudolf Schumacher (Grüne), Pressesprecher. Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln - www.dehaar.de

Herstellung und Versand: VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstage

Vom 24. März bis zum 11. Mai 2010

| | |
|---------------------------------------|----|
| 25.3. Jäger, Ralf (SPD) | 49 |
| 25.3. Witzel, Ralf (FDP) | 38 |
| 26.3. Dr. Wolf, Ingo (FDP) | 55 |
| 30.3. Fasse, Marie-Luise (CDU) | 62 |
| 31.3. Hüsken, Wolfgang (CDU) | 62 |
| 1.4. Weisbrich, Christian (CDU) | 68 |
| 3.4. Müller-Piepenkötter, R. * (CDU) | 60 |
| 4.4. Sikora, Gabriele (SPD) | 60 |
| 5.4. Dr. Romberg, Stefan (FDP) | 41 |
| 7.4. Brakelmann, Peter (CDU) | 52 |
| 8.4. Kuhmichel, Manfred (CDU) | 67 |
| 9.4. Kuschke, Wolfram (SPD) | 60 |
| 10.4. Dr. Bollermann, Gerd (SPD) | 61 |
| 11.4. Wirtz, Josef (CDU) | 60 |
| 11.4. Milz, Andrea (CDU) | 47 |
| 16.4. Talhorst, Elke (SPD) | 65 |
| 20.4. Hegemann, Lothar (CDU) | 63 |
| 20.4. Dr. Dr. Sternberg, Thomas (CDU) | 58 |
| 22.4. Kemper, Heinrich (CDU) | 61 |
| 23.4. Düker, Monika (Grüne) | 47 |
| 25.4. Weckmann, Peter (SPD) | 58 |
| 28.4. Kaiser, Peter (CDU) | 44 |
| 29.4. Antoni, Jürgen (SPD) | 46 |
| 2.5. Deppe, Rainer (CDU) | 54 |
| 5.5. Löttgen, Bodo (CDU) | 51 |
| 7.5. Pieper-von Heiden, Ingrid (FDP) | 62 |
| 9.5. Solf, Michael-Ezzo (CDU) | 64 |
| 9.5. Kastner, Marie-Theres (CDU) | 60 |

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

| | |
|--|----|
| 29.3. Dr. Klose, Hans-Ulrich (CDU) | 75 |
| 31.3. Krieger, Rolf (CDU) | 70 |
| 5.4. Knipschild, Karl (CDU) | 75 |
| 17.4. Ley, Gisela (SPD) | 70 |
| 23.4. Geuenich, Johannes Michael (SPD) | 75 |
| 24.4. Küpper, Heinz (CDU) | 75 |
| 8.5. Gaertner, Alfred (SPD) | 80 |

* Mitglied der Landesregierung ohne Landtagsmandat

Verstorben

3.3. Falke, Albert (CDU), MdL 1962 bis 1980
13.3. Angenfort, Josef (KPD), MdL 1951 bis 1954

Termine

17.4.2010, ab 16.00 Uhr Jungwählerveranstaltung

9.5.2010 Landtagswahl

9.6.2010 Konstituierende Sitzung

Nächste Ausgabe von Landtag Intern: 11. Mai 2010.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, luden vor der voraussichtlich letzten Plenarsitzung dieser Legislaturperiode am 25. März 2010 zur Landtagsandacht ein.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Schön und fair

Wer verschönert trübe, dunkle Wintertage nicht gerne durch einen Blumenstrauß? Sei es die eigene Wohnung, sei es als nette Geste für andere. Dass diese Schmuckstücke nicht in unseren klimatischen Gefilden gedeihen können, ist eigentlich klar. Zahlreiche Schnittblumen kommen aus afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern zu uns nach Deutschland. Dort werden sie auf Blumenfarmen vorgezogen und auf die Reise geschickt. Für die Arbeiterinnen und Arbeiter auf diesen Farmen bedeuten die Blumen freilich nur bedingt einen Sonnenstrahl in ihrem Leben: Niedrigstlöhne, keine festen Arbeitsverträge und gleichzeitig tägliche Belastungen durch nicht gerade gesunde Pflanzenschutzmittel. Vom 15. bis 22. März 2010 war im Landtag eine Ausstellung „fair flowers“ zu sehen. Sie wollte Möglichkeiten fairen Handels aufzeigen, nämlich für Verbraucherinnen und Verbraucher, für Blumenhändlerinnen und -händler sowie für alle, die Verantwortung im öffentlichen Leben tragen. Damit wir in Zukunft die Blumen mit all ihrer Pracht – und mit gutem Gewissen genießen können.

Foto: Schälte